

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

236 (10.10.1919) [Erstes Blatt]

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt 1.60 M., durch unsere Träger zugestellt 1.70 M., am Postkassaliter 1.75 M., durch den Postboten zugestellt 1.90 M. monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag. Ausgabe: Dienstag mitags; Geschäftszeit: 1/2-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 123, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1. Spalte, Kolonelleile ob. deren Raum 30 S., Restamen 1.-M., zusätzlich 30 % Feuerungszuschlag; Lokalanzeigen billiger. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 vorm., für groß. Aufträge nachm. gutvor.

Für die Republik, für die Demokratie — gegen die Reaktion und Diktatur.

Berlin, 8. Oktober.

Das neu gebildete Reichskabinett, das durch den Eintritt der Demokraten auf eine breitere und solidere parlamentarische und politische Grundlage gestellt worden ist, trat heute vor das Parlament. Außerlich durch einen recht nüchternen und formlosen Akt. Selbst das Haus und die Regierungskräfte waren anfanglich schwach beiegt. Der völlige Mangel an Uniformen auf den Regierungsbänken, die früher so stark sich aus dem Chor der Regierungsmänner hervorgehoben, zeigte den Umkreis der Verhältnisse in Deutschland. Der Reichskanzler, Genosse Bauer, der ruhige, aber entschlossene Sohn Süpprensens, entwickelte in seiner stets ernsten, sachlichen und einfachen Art das Programm der neuen Regierung. Dem Genossen Bauer geht der rednerische Schwung wie spielerische Kunstfertigkeit mit Worten ab; große Effekte vermagen er nicht zu erzielen. Aber die Gediegenheit seiner Rede, das strenge Verantwortungsgefühl, das ihn beherrscht, gibt seinen Darlegungen Kraft und Wärme. Und man weiß von ihm, daß er gewohnt ist, unbeirrbar seinen Weg zu gehen, unbeeinträchtigt von Meinungen und wechselnde Tagesstimmungen. Stetigkeit und zielstrebige Entschlossenheit tut uns heute nötiger als jemals.

Wenn der Reichskanzler einleitend betonte, daß wahrheitsgemäß seit den Januarwahlen eine parteipolitische Umgestaltung in der Wählerkraft eingetreten sei, stimmen wir ihm ebenso zu, wie darin, daß Neuwahlen erst eintreten sollen, wenn die Nationalversammlung die wichtigsten grundlegenden Arbeiten geleistet hat. Das kann bis zum kommenden Frühjahr geschehen. Auch wir glauben, beobachtet zu haben, daß die Arbeitskraft im Steigen begriffen ist. Das zwischen Streik und Streik im Unterchied gemacht werden muß, daß mit Recht Bauer schon hervor, solange die kapitalistische Produktion besteht, werden Streiks auf wirtschaftlichen Gründen immer wieder eintreten, aber wer kann vernünftigerweise dem Kanzler widersprechen, wenn er die wahren politischen Demonstrationstreiks der letzten Monate für verurteilt? Noch gar politische Streiks, die von angeblichen Sozialisten gegen die junge Republik unter sozialistischer Führung geführt werden. Wenn auch verbrecherisch angefaßt unteres nationalen Glanzes, aber eher verständlich wären politische Streiks der Reaktionäre und Monarchisten, also der Feinde der Republik. Es machte Eindruck, als Bauer, der berühmte Generalkommandant erklärte, daß der Streik wieder werden muß, was er war, das letzte Mittel im wirtschaftlichen Kampfe, das aber immer eine zweischneidige Waffe ist. Es ist sehr zu begrüßen, daß Bauer den reichsten Ausbaue des Schlichtungswesens ankündete, das mit geschickten Garantien ausgestattet werden soll. Weiter kündete der Kanzler eine ganze Reihe wichtiger sozialpolitischer Maßnahmen an, womit aufs neue bewiesen ist, daß echter sozialistischer Geist das Regierungsprogramm bezieht. Der sozialpolitische Teil der Kanzlerrede wirkte in dem Fundamentale: Die Arbeiter in Deutschland verlangen keine Gnade, sondern Recht und Gerechtigkeit. So hat die heutige Kanzlerrede auch denen die erfreuliche Klarheit gebracht, die von dem Wiedereintritt der Demokraten in die Regierungskombination eine Verschlechterung auf sozialpolitischen Gebieten ableiten zu müssen. Was sich aber die Arbeiter auf keinen Fall hätten gefallen lassen. Bauer ging auch auf die Frage der inneren Politik ein, die die Gemüter in den letzten Wochen besonders bewegte: die Reichswehr. Und da prägte er gegen die Machenschaften der Gegenrevolutionäre und Monarchisten, wie gegen die Gehe der äußersten Linken den weisen Satz: Wir wollen keine rote, aber auch keine weiße Garde. Die Reichswehr soll dem Schutz der lebensnotwendigen staatlichen Ordnung und dem Schutze der bedrohten Grenzen dienen. Sie darf kein vorkriegspolitisches, sondern sie muß ein staatsliches Instrument sein. Die Reichswehr hat der Republik zu dienen, darum muß mit aller Strenge darauf geachtet werden, daß monarchistische Agitation in ihre keine Stätte hat. In der schwierigen Zeit der Um- und Neubildung, werden sich natürlich Mißstände einstellen, Mißstände ereignen. Aber der im Auslande aus neue wieder geltenden Auffassung, als stelle die Reichswehr den Wiederbeginn des alten preussischen Militarismus dar, als sei sie der Hort der monarchistischen Gegenrevolution muß durch die Tat entgegnet werden. Daß das Auslande diese für Deutschland nicht ungewöhnliche Auffassung hat, daran sind die alldeutsch-monarchistischen Gehirne und Treiber nicht minder schuld als die Unabhängigen mit ihren Uebersetzungen über die heutigen Zustände in Deutschland. Mag auch dieses naturgemäß bei uns noch im Argen liegen, das Bild, das die Mitteldeutschen und die Radikalfreie dem Auslande von Deutschland geben, ist ein gesüßtes. Mit Nachdruck betonte der Kanzler auch, daß die Entente die Schuld daran trägt, wenn wir heute noch 450 000 Mann unter den Waffen haben. So klebt die Ratifikation des Friedens von Monat zu Monat hinaus, während wir bereit und vorbereitet waren am 1. Oktober auf 200 000 Man zu reduzieren, wenn der Frieden bis dahin einentschieden ist. Scharf und be-

stimmt wandte sich der Kanzler gegen die Reaktionäre, denen er kein Zweifel darüber ließ, daß sie auf Kampf und entschiedene Abwehr ständen, wenn sie es so weiter treiben wollen. Erreuerlicherweise schlug der Demokrat Peterien, der neue Führer der Demokraten, dieselbe Klinge. Wir haben seit vielen Jahren nicht eine soch irische und kampfesmutige Rede von den Demokraten gehört, wie die heutige des Herrn Peterien. Wir vernahmen ein ungewöhnliches Bekenntnis zur Demokratie und zur Republik, eine harte Waffe an die Reaktion. Und als die Reaktionäre lärmten, wurde Herr Peterien nur noch bestimmter. Doch nicht nur auf der äußersten Linken, sondern nicht minder auf der Rechten die Feinde der Republik und einer geordneten Staatsordnung sitzen, brachte der demokratische Redner ungeschämmt zum Ausdruck. Wir werden daher diese Rede politisch hoch.

Auf Peterien folgte Scheidemann. Wie immer, der glänzende Redner, der vorzügliche Rhetoriker. Aber Scheidemanns Rede ließ heute nicht nur schön und sicher klingen, sie war von einem Ernst und von einer Kraft, die beide ihre Wirkung nicht verfehlten. Schlag auf Schlag klangen die Siege auf die Gegenrevolution nieder. Recht betreten wurden die Reaktionäre, als ihnen Scheidemann sagte, sie können immer mit dem Geißel gegen die Vergangenheit, mit dem Rücken gegen die Zukunft und wollen auf diese Weise Politik machen. Und den monarchistischen Treibern im Herte sagte er ganz offen, daß, wer als Diktator freiwillig den Reich der Republik tröst, hat propagierende Nebenarbeiten zu unterlassen, oder er muß leben und wer nicht bereit ist, die Republik auch gegen Rechts zu verteidigen, hat in der Truppe nichts mehr zu suchen. Nicht minder kostvoll und deutlich war, was dann Scheidemann den Unabhängigen und über den wachstümigen Bruderkampf in der Arbeiterbewegung sagte. So laut klang die Unabhängigen sind, sie wurden mündenschnell, als ihnen Scheidemann ihre unsinnige Behauptung von den „Zweipolstischen“ vorhielt, die sie immer gegen uns kleidern. Und dann trug er sie, ob sie nicht endlich begreifen wollen, wie unheilvoll die Sache des Sozialismus diskreditiert werden muß, wenn immer behauptet wird, daß die 165 Sozialdemokraten in der Nationalversammlung nur Scheinsozialisten, die 22 Unabhängigen aber allein die echten Sozialdemokraten seien. Und das umso mehr, als ja die Kommunisten dem wiederum gegen die Unabhängigen den ganz gleichen Vorwurf erheben. Schließlich rief Scheidemann den Unabhängigen zu, endlich die Sache der Arbeiter über die Sache der Fraktionen zu stellen. Da wir Scheidemanns Rede morgen nach dem Programm bringen, unterlassen wir die weitere ausführliche Besprechung seiner Darlegungen.

Auf Scheidemann folgte ein Sturz in die Tiefe: der alte Graf Potobowsky sprach. Gewiß, der alte Herr verhielt in Verwaltungsgeschäften über reichliche Kenntnisse, aber politisch ist er noch nie über den königlich preussischen Bureaukraten hinausgekommen. Daß das Zentrum Herrn Nos und nicht den alten Herrn Spahn ins Treffen schickte, ist ein Fortschritt. Wir werden vielmehr auf die Rede des Herrn Nos noch zurückkommen. Mit dem Gange der Debatte heute können wir als Sozialisten und Republikaner sehr zufrieden sein. Hoffentlich finden die Kamprufe gegen die Reaktion, wie gegen die Tobenden auf der äußersten Linken im Volke den gebotenen Wiederhall.

Gegen den Feind von Rechts.

Berlin, 8. Oktober.

Scheidemann hatte in seiner geistigen Rede mit dem gehobenen Nachdruck auf den Feind auf der rechten Seite hingewiesen. Wir hätten über das unvernünftige Treiben der Unabhängigen und erst recht den kommunistischen Wahnwitz nicht gering ein, aber geradezu verblendet wäre es, die Brutalität, Frivolität wie auch das systematisch betriebene Verderben unterzücken zu wollen, das von den Konterrevolutionären und einem Teil der ihnen gleich gesinnten Nationalliberalen täglich praktiziert wird. Von dieser Gesellschaft werden nicht nur die Randwirte dazu aufzuheben versucht, in eigenen Lande eine Hungerplage durchzuführen, werden nicht nur die Beamten gegen die Regierung aufgesetzt, sondern auch die Truppen, die eben mühselig wieder einigermachen in Ordnung gebracht worden sind, werden zur offenen Rebellion angezettelt. Wenn die prologisierenden und machunverigen Ziele der Reaktionäre erreicht werden, mag dann auch das Reich und das deutsche Volk dabei bittere Not leiden. In Ludendorff, diesem engstirnigen, großwahnstimmigen und total verblendeten Genoschenschaft, haben nun die Reaktionäre ihren Führer gefunden. Der Mann, der auch militärisch den Strategen der Entente nicht gemessen war, arbeitet hinter den Kulissen um wieder zur Macht zu kommen. Darum auch seine Angriffe gegen Noske. Aber Genosse Noske ist nicht der Mann, vor dem Girardeur und Bantratteur des Weltkrieges die Waffen zu strecken, eberwiegend vor der Reaktionären. So ging denn Noske heute zum frischen Angriff auf die Rechte über, der nicht gescheit wurde.

Man weiß, daß hinter den deutschen Truppen im Baltikum, die dort ein fideles Abenteuer- und Räuberleben führen, die deutsche Reaktion steckt, die sich in den deutschen Baltikum-

truppen eine Prätorianergarde gegen die Republik schaffen möchten. Und wenn ein Teil der baltischen Truppen gegen die Anordnungen der Regierung rebelliert, so stehen deutsche Monarchisten und Gegenrevolutionäre dahinter. Wer die geschwollenen Redensarten liest, die die Truppen im Baltikum unter dem Einfluß der deutschen Gegenrevolutionäre und der in ihrem Auftrage dort tätigen Offiziere loslassen, merkt ja sofort, wo die eigentlichen Agitatoren sitzen und zu suchen sind. Noske ließ aber heute seinen Zweifel darüber, daß alle vorhandenen Nachmittel gegen meuternde Truppenteile im Baltikum zur Anwendung gelangen werden. Und dann hielt er den Gegenrevolutionären ein Spiegelbild ihrer heteritären und verbrecherischen Tätigkeit vor, das diese Herren zu immer neuen Wutausbrüchen veranloste. Als die Junker und ihre Spießgesellen Noske durch Punkte seine Tätigkeit in Kiel vorhielten, antwortete er ihnen schlagfertig, daß er in Kiel Deutschland zu einem guten Teil bedort bewahrt habe, daß Jesuitentum erörterter Matrosen mehr ins Land eingebracht sind. Und das habe er unter steter Lebensgefahr tun müssen. Er hätte hinzufügen können, daß unterdessen die jetzt so verberlich wirkenden Gegenrevolutionäre im Mauerloch sich verkrachten hatten, von wo aus sie das elende Geschäft der Auswanderung und Ausblüderung des Volkes in alter Tradition betrieben.

Die heutigen und heutigen Neben haben den Kampf gegen die Feinde von rechts angefaßt. Dieser muß dem auch mit aller Schärfe und Energie geführt werden. Es ist ja die Tragik Deutschlands, daß es inmitten der Zeit, wo es politisch, wirtschaftlich und auch in seinen moralischen Kräften gebrochen am Boden liegt, sich nicht nur der köplichen Drangsalierungen durch die Sieger, sondern auch zivilisierter und brutaler Feinde im eigenen Lande kühnlich erwehren muß. Wären dabei wenigstens alle Arbeiter sich des Ernstes der Lage und der Größe ihrer Aufgaben bewußt, dann wären wir mit den Feinden im Lande sehr bald fertig. So aber läuft ein Teil der Arbeiter Irrlehren und verberbelen Ideen nach, schwächen dadurch die republikanische und sozialistische Kampfkraft aus Freude Aller, die nur um eigener Interessen willen zerören, aber nicht aufbauen wollen.

Mit Rücksicht auf die bedauerliche Tatsache, daß auf den Abgeordneten Haase heute ein Attentat verübt worden ist, und Haase heute zu Worte kommen sollte, wurde die Weiterführung der politischen Debatte verlagert, bis ein Ermahnung der Unabhängigen eine Rede vorbereitet hat. Offenbar wird dann auch die heutige Rede Noskes der Rechten noch einmal Veranlassung zu einer Antwort geben. Umso besser, damit dann die Abrechnung mit der Gegenrevolution fortgesetzt werden kann.

Politische Uebersicht.

Wucher mit badischem Obst in Berlin.

Auf die von uns unter obiger Ueberschrift in Nr. 232 gebrachte Notiz aus dem „Vorwärts“ wird uns amtlich mitgeteilt: Der Händler Franz Bergenthal in Berlin wurde von der badischen Obstverwaltung mit der Ausfuhr von badischem Obst nach Berlin betraut. Dadurch ist die badische Obstverwaltung in der Lage, scharfe Kontrolle über die Ausfuhr zu führen, was bei Zulassung von mehreren Händlern nicht in dem Maße möglich wäre. Im allgemeinen erfolgt übrigens die Abgabe von Obst nach auswärts durch die badische Obstverwertungsgesellschaft unmittelbar an die Kommune; in diesem Falle wurde wegen der verhältnismäßig geringen Menge, die für eine Verteilung durch den Magistrat der Stadt Berlin nicht in Frage kommt, von dieser Leitung abgesehen. Der Händler Bergenthal hat sich bis jetzt als durchaus zuverlässig erwiesen. Er hat nach Mitteilung der Obstverwaltung das hier aufgekauft Obst in Berlin für 40 bis 50 M den Zentner abgesetzt. Mit einem übermäßigen Gewinn des Händlers kann also nicht die Rede sein.

Daß er jetzt Obst für 75 bis 80 M pro Zentner in Berlin verkauft hat, wird darauf zurückzuführen sein, daß er kürzlich ein Quantum Edelobst (Grafensteiner Apfel) aufgekauft hat, für welches auch wohl mehr als 25 M (Höchstpreis) bezahlt wurden; denn Edelobst unterliegt bekanntlich keiner Höchstpreisregelung. In dieser Sache werden zurzeit noch Erhebungen durch die bad. Obstverwaltung in Berlin gemacht, deren Ergebnis mitgeteilt wird.

Die ganze Auslassung kann als ein Vorstoß aus den Kreisen der Großhändler betrachtet werden, die jetzt jede Gelegenheit benutzen, gegen die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft im Großhandel mit Obst, die wegen der Preissteigerung des freien Handels notwendig war, anzulämpfen.

Die Kohlennot der Pfalz.

Aus Neustadt a. S. wird gemeldet: Hier fand dieser Tage eine Versammlung von Vertretern der pfälzischen Städte und Ortschaften sowie der Vertreter von Industrie, Handel, Gewerbe und Genossenschaft statt, die sich mit der Kohlennot der Pfalz beschäftigte. Namentlich in den Dörfern wurde die Not als besonders groß empfunden. Die Versammlung einigte sich dahin, eine ehsaltdrige Kommission aus allen Schichten der pfälzischen Verbraucher zu den Oberkommandierenden der französischen 8. A. K. zu entsenden mit der Bitte, an maßgebender Stelle veranlassen zu wollen, daß die Pfalz aus den Saargruben genügende Mengen Kohlen erhalte. Ferner sei es notwendig, daß die seitens der bayerischen Regierung angeordnete Bildung einer pfälzischen Landeskohlenstelle so rasch als möglich durchgeführt werde. Ebenso solle bei der deutschen Reichs- und der bayerischen Landesregierung Vorstellungen erhoben wer-

Seite 6.
en borge-
zum 1.
Sauer, fo-
Donning
uerung

um
1497,35 M
Stube des
ir Karls-
für diese
achten den
6997

arkt
19,
2 Uhr.

gefährte
n Kreise

nten Brä-
Weggebet
r, in der

7001

ntnommen
Rittwoch,
folgt fest-

6985

und 6985

e betr.
schung der
abgeschiet
ieferungs-

Blieferung
n Doppel-
Zeit vom
er erfolgt,

8 erteilt.
7003

bt.

ide betr.
berstellung
rle aus R. G. D.
1919 ab

sgetreibe.
Die fest-
Reichs-
schafflicher
Ernährung

7002

bt.

g.
e Stell-
Zimmer 5
men.

7009

bt.

g.
Nr. 3.40)
hen Zeit-

Nr. 5.35)
nden der
Rubriget,
Janget-
tarzarine
1.-4 Uhr

7010

freund.

den, damit die maßgebenden Stellen den Ernst der pfälzischen Kohlenversorgung in ihrem vollen Umfange erkennen und ihrerseits alles tun, um eine Katastrophe in der Pfalz zu verhindern.

Ein zweiter Geiselmordprozess.

Wie berichtet wird, beginnt der zweite Geiselmordprozess in München am nächsten Montag, 13. Oktober, vor dem Volksgericht. Es haben sich wegen Mordes zu verantworten: Rutilph Debus, Rudolf Greiner, Alois Kammermeister und der Russe Andreas Sirelenko. Die Verhandlungen finden wieder im Justizpalast statt. Die Verhandlung wegen der Ermordung der 21 Mitglieder des katholischen Gesellenvereins in München beginnt Dienstag, 21. Oktober. Es sind vier Personen angeklagt, drei Bayern und ein Angehöriger des Alexanderregiments aus Berlin.

Frankreich.

Die Neuwahlen. Paris, 8. Okt. Neuter. Der Ministerrat hat den 16. Nov. für die allgemeinen Neuwahlen festgesetzt.

Italien.

Vom Sozialistenkongress. Rom, 8. Okt. In einer kürzlich verlaufenen Schlussung des Vologneser Sozialistenkongresses wurde die Tagesordnung Ferrati, in welcher maximalistische Grundzüge aufgestellt, aber gleichzeitig Beteiligung am Wahlsysteme verlangt werden, mit rund 48 000 gegen 15 000 Stimmen der Reformisten und 3500 der Kommunisten angenommen.

England.

Lloyd George und der Eisenbahnstreik. Nach einer Neuermeldung aus London vom 7. 10. erwähnte Lloyd George in einer Rede, die er bei Gelegenheit der Verlesung des Bürgerrechts der City von London an der Westminster Abbey hielt, den Eisenbahnstreik. Er sagte: Die Gewerkschaften konnten gegen die öffentliche Meinung nicht den Sieg davontragen. Die Anwendung gewalttätiger Mittel zur Verwirklichung von Dingen sei für den ganzen Bau der menschlichen Gesellschaft gefährlich und eine derartige Bewegung müsse niedergeschlagen werden. Großbritannien habe der Menschheit, der Zivilisation und der wirklichen Freiheit dadurch, daß es den Versuch, das Gemeinwesen zur Internierung zu zwingen, verweigert, einen wichtigen und dauernden Dienst erwiesen. Die Organisation, die den Streik bekämpfte, sei keine Arbeitsorganisation gewesen, sondern eine Bürgerliche, mit der im letzten Februar von der Regierung begonnen worden sei.

Der Mordanschlag auf den Abgeordneten Haase.

Berlin, 8. Oktober.

Wir sind der Zustimmung aller Parteifreunde sicher, wenn wir unsern Absichten über den Mordanschlag auf den Führer der Unabhängigen Ausdruck geben und die Hoffnung aussprechen, daß Herr Haase sich von den erlittenen Verletzungen recht bald und ohne dauernde Schädigung der Gesundheit erholen möge. Sollte es sich, was aber nach den bisherigen Nachrichten nicht anzunehmen ist, um ein Attentat aus politischen Motiven handeln, dann ist kein Wort der Verurteilung überflüssig. Wir Sozialdemokraten haben stets die Attentate auf Fürsten und andere Mächtigen scharf verurteilt, wie wir auch dem Terror in jeder Form verwerfen. Gegen den Abgeordneten Haase aber ein Attentat auszuüben, wäre aus politischen Gründen doppelt sinnlos. Aber der Kampf muß mit den Waffen der politischen Argumentation, nicht aber mit Mordwerkzeugen geführt werden. Und wie immer man zu Haases Tätigkeit während des Krieges und seiner Rolle bei der Verwirklichung der deutschen Arbeiterbewegung denken mag, der Kampf darf unter normalen, unter anständigen Umständen nur mit denen des Geistes geführt werden. Da der Attentäter ein österreichischer Lederarbeiter ist, handelt es sich offenbar um ein politisches Verbrechen. Es scheint persönliche Motive vorzuliegen, die aus Haases beruflicher Tätigkeit als Anwalt entstanden ist. Das gesteht die Tat nicht minder berabschweigend. Selbst wenn der Attentäter, wie er selbst angibt, durch Haase geschädigt wor-

den sein sollte, so weder abschließend noch aus sonst einem unklarerer Grunde.

Wir stehen in scharfer Gegnerhaft zu dem Abg. Haase, aber an der Lanterkeit seines beruflichen und persönlichen Wirkens auch nur einen Moment zu zweifeln, könnte uns gar nicht in den Sinn kommen. Dazu kennen wir Herrn Haase zu gut und zu lange. Die allgemeine Demoralisation die durch die Massenmord zur Folge hatte, scheint auch in diesem Falle die abschließende Tat mit verursacht zu haben. Wir haben unmittelbar nach der Tat den Attentäter gesehen, der auf uns den Eindruck eines bössig innerlich zerrütteten Menschen gemacht hat. Der Zufall hat es gefügt, daß Herr Haase unmittelbar vor einer großen Rede, die er in der Nationalversammlung halten wollte, von den Kugeln des Attentäters getroffen worden ist. Die Weiterberatung mußte deshalb vertagt werden. Im Reichstage herrschte naturgemäß große Aufregung, als die Kunde von dem Attentat sich verbreitete. Unter lebhafter Zustimmung des Hauses sprach Präsident Fehrenbach sowohl dem Verwundeten, wie seiner Familie und der Fraktion der U. S. D. das Bedauern aus. Erfreulicherweise sollen die Verletzungen weder lebensgefährlich noch besonders schwer sein. Inwiefern dürfte bei dem nicht allzufrühen Gesundheitszustand Haases die Wunden nicht unbedenklich sein.

Berlin, 8. Okt. Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: Zur Kenntnis der Person des Attentäters auf den Abg. Haase mögen noch folgende Tatsachen angeführt werden: Vor genau einem Jahr wandten sich Johann Vogt und seine Ehefrau in verschiedenen Briefen und Eingaben an das preussische Finanzministerium mit der Behauptung, daß bei der Ziehung der preussischen Klassenlotterie Unregelmäßigkeiten vorkämen. Den Eingaben und Briefen, die voller Beleidigungen waren, waren Flugblätter beigelegt, die die gleichen sind wie die, die heute bei dem Attentäter gefunden wurden. Die Staatsanwaltschaft leitete auf Antrag des damaligen Finanzministers Berg vom 21. Oktober 1918, erneuert vom jetzigen Finanzminister Dr. Südekum vom 19. 9. 1918, das Verfahren gegen die Eheleute Vogt wegen Beleidigung und Erpressung ein. Infolge Amnestie wurde das Strafverfahren wegen Beleidigung fallen gelassen, wegen des Strafverfahren wegen Erpressung fortgesetzt. Vogt scheint also nicht nur ein leidenschaftlicher Gegner des unabhängigen Abg. Haase, sondern auch der früheren und der jetzigen Regierung zu sein. Wie aus den vorgelegenen schon oben erwähnten Flugblättern und aus seinen mehrfachen Erpressungsversuchen hervorgeht, (er selbst gibt an, daß Haase gegen ihn einen Prozeß wegen Erpressung geführt hätte), handelt es sich um einen gemeingefährlichen Menschen, von dem nicht politische Interessen fernzulegen sind.

Kleine Nachrichten.

Beendigung des Bremer Hafenarbeiter-Streiks. Die Hafenarbeiter in Bremen haben heute morgen vollständig die Arbeit wieder aufgenommen.

Erzberger kontra Vessierich. Wie die „Neuzeitung“ erfährt, hat Erzberger am 7. Oktober von der Staatsanwaltschaft eine Vorladung in dem auf den Strafankrag des Reichsfinanzministers Erzberger eingeleiteten Ermittlungsverfahren erhalten. Schwere Explosion. In einem Benzinlager im Unionhotel bei Gochem bei Trier erfolgte vorgestern eine Explosion, durch die 12 Personen teils schwer, teils leicht verletzt wurden. Ein amerikanischer Chauffeur brachte trotz eigener schwerer Verletzungen sämtliche Verunglückte in seinem Automobil ins Krankenhaus.

Wald gelandet. Das Luftschiff „Bodenfee“ ist von Stockholm kommend, gestern abend um 11 Uhr 30 Minuten in Staken glatt gelandet. Es hatte 22 Passagiere an Bord.

Süddeutsche Arbeitervertreter im rheinischen Kohlengebiet. Im Grenzrevier des Ruhrgebietes trafen Arbeitervertreter aus Süddeutschland ein, um, laut „Vossische Zeitung“, festzustellen, ob es Tatsache ist, daß dort große Brennstoffmengen lagern, die wegen Transportschwierigkeiten nicht abgefördert werden können, während in Süddeutschland eine große Zahl von Betrieben aus Mangel an Kohlen still liegt.

Schwere Mordmorde. In der letzten Zeit sind in Koblenz verschiedene Mordmorde bzw. Raubüberfälle verübt worden. Wie die „Koblenzer Zeitung“ meldet, ist es der Koblenzer Kriminalpolizei gelungen, im benachbarten Capellen den 29-jährigen Schneider Joseph Kant aus Koblenz und seine Begleiterin, eine 23-jährige Rentierin aus Wochum festzunehmen. Sie haben ihre Verbrechen bereits eingestanden.

Das Alkoholverbot in Norwegen angenommen. Die hiesigen Blätter melden aus Christiania, daß die Volksabstimmung eine bedeutende Mehrheit für die Einführung des Alkoholverbotes in Norwegen ergeben habe. Bis 1 Uhr nachts waren gewährt 424 000 Stimmen für das Verbot und 287 000 Stimmen dagegen. Die Zahl der Stimmberechtigten beträgt eine Million. Die Abstimmung dürfte mit einer großen Mehrheit, man rechnet mit 150 000 Stimmen, für das Verbot abschließen.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Zum Kampf gegen die Schieber. Auch in Freiburg fand eine Verammlung des gesamten Verkehrspersonals gegen Schieber und Schleichhandel statt. In der Verammlung wurde u. a. auch die Aufhebung des Postgeheimnisses gefordert. In einer Entschließung an die Reichsregierung und die badische Regierung kam zum Ausdruck, daß, wenn diese sich den Forderungen gegenüber ablehnend verhalten, die Beamten sich gezwungen sehen, in einen Streik zu treten.

Einschränkung des Aufkaufs und Verkaufs von Obst. Die „Karlsruher Zeitung“ schreibt: Trotz der bereits im September erlassenen einschränkenden Bestimmungen hat der Aufkauf und Verkauf von Obst besonders in der Gegend einen solchen Umfang angenommen, daß zur Sicherstellung einer gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung mit Obst und Obstwaren und zur Vermeidung von Störungen im Bahnverkehr neue Maßnahmen sich als dringend notwendig erweisen. Da durch den Verkauf von größeren Mengen von Obst und deren Verkauf als Stückgut der allgemeinen Versorgung dienende Aufkauf der Obstverwertungsgesellschaft und die Verwendung in ganzen Wagenladungen erhebliche Störungen erfährt und zu befürchten steht, daß schließlich überhaupt Versorgung von Obst in größeren Mengen nicht mehr möglich ist, hat das Ministerium des Innern mit sofortiger Wirkung angeordnet, daß der Aufkauf und Verkauf von Obst in Mengen von mehr als 5 Zentnern im freien Verkehr überhaupt nicht mehr zulässig ist. Nur die badische Obstverwertungsgesellschaft ist zum Aufkauf und Verkauf von größeren Mengen und von Wagenladungen berechtigt, wobei die früheren Kontrollvorschriften (gestempelte Gradirten und Aufkaufzettel) aufrecht erhalten bleiben.

Aus der Partei.

Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie.

Berlin, 6. Okt. (Privatmeldung.) Am Sonntag fand im Herrenhaus eine von 40 Vertretern aus dem ganzen Reich beschickte Delegiertenversammlung der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie statt. Der Verein erstreckt sich über ganz Deutschland und ist in Distriktsverbände eingeteilt. In der Spitze steht neben dem Vorstand ein Kontrollausschuß. In den Wahlen wurden als Vorsitzende gewählt Eduard Bernstein (S. P. D.) und Nerlich (U. S. P.).

Bezirkskonferenz für den Bezirk Bruchsal und Philippsburg.

Am Sonntag, 12. Oktober, vorm. 9 Uhr, findet in Bruchsal im weißen Saale des Bürgerhofes eine Bezirkskonferenz mit folgender Tagesordnung statt: 1. Kommunalpolitik, Referent Landtagsabg. Emil Maier-Siedelberg; 2. Bericht über die Tätigkeit des Landtags, Referent: Landtagsabg. Friedrich Bach-Bruchsal; 3. Neuorganisation des Kommunalverbandes, Referent Bezirksrat Phil. Meerapfel-Untergrombach.

Die Mitgliedschaften werden gebeten, Delegierte zu entsenden; wo keine Mitgliedschaften bestehen, werden die Vertrauensleute gebeten, zu erscheinen. Insbesondere sind aber auch die Gemeinderäte und Gemeindebeordneten freundlichst eingeladen.

Der Bezirksvorsitzende: Staiber.

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

Warum war Stasia nicht auch so? Der junge Bräuer hörte das Rischen seiner Frau hinter sich. Warum war die nicht auch so? Ach, daß sie doch der andern da mehr glückselig Valentin hatte seine Stiefmutter immer herzlich gen gehabt, aber heute, jetzt auf einmal hatte er noch ein anderes Gefühl für sie. Es trieb ihn, die Vorangehenden mit ein paar hastigen Schritten einzuholen und dann neben Frau Kettchen ein Weiches herzuweichen. Als kleiner Junge hatte er sich gern der Stiefmutter an den Rock gehalten, nun drängte es ihn wieder, ihr Kleid zu berühren. Wie in Ehrfurcht streifte seine Hand darüber hin. „Mutter“, sagte er leise, „gute Mutter!“ Und dann ging er wieder ganz allein hinten nach, bis sie nach Rociecha-Dorf kamen. Hier zwipfte ihn Stasia an den Rock. Droben beim Altsch hatte sie eine der lauren Surken haben müssen, die das schmutzige Weib an der Kapellentür feilbot und von dem Krüppel auf der andern Seite, der Seringe anhörte, hatte sie auch gekauft und den Fisch verzehrt, aus der Salafale heraus, wie alle taten; jetzt wollte sie auch tanzen in Rociecha-Dorf. Heute, heute wollte sie tanzen, in der Freizeitszeit! War sie toll? Valentin sah sie nach ihrem Kleid. Sie machte sich los. Taten das denn nicht alle, und war es Maria Verkündigung, so Maria Kräuterweib, so Maria Geburt. Wer hieß denn diesmal den Altsch so unglücklich gerade in die großen Falten fallen? Ihre Augen bligten, sie wurde ganz rot, als ihr Mann vermeinend den Kopf schüttelte. „So geh du doch nach Hause, geh nur“, drängte sie. Ein rascher Blick des Einverständnisses war zwischen ihr und Van Saule hin und her geflossen, unmerklich fast; sie zwinkerten nicht, sie stießen sich nicht an, sie sagten kein Wort, und sie verstanden sich doch. Valentin sah den Blick. Und plötzlich fiel ihm etwas von den Augen — hatte das gepriesene Wasser der Quelle so rasch ein Wunder gewirkt? — er sah, sah, wie man bei einem Bligstrahl sieht, der durch schwarze Nacht fährt. So

und fühlte mit einem Schmerz, der ihm gleich einem ohnmächtig machenden Stich durch Leib und Seele ging, die Hoffnungsjonne wieder sinken, die er vorher an Horizont wie eine goldene Kugel hatte emporsteigen sehen. Nichts, nichts, auch ein Kind nicht, konnte ihm helfen! — Aus dem Krug bei Einweih summten Tanzmelodien; Bralide und Geige, Dudelsack und Horn mußten an der Wand hängen bis nach Mittern, aber man durfte wenigstens singen.

Alle Altschgänger traten in die Schenke. „Das Mädel ist mein, Das Mädel ist mein — Am Kopf schwarze Augen, So wie ich, so wie ich!“ Das Mädel ist mein, Das Mädel ist mein — Am Schuh gold'ne Schnallen, So wie ich, so wie ich! Das Mädel ist mein, Das Mädel ist mein — Am Saß keinen Groschen, So wie ich, so wie ich!“

fang ein Burleske, der aus dem Krugfenster herauslehnte und winkte die lachenden Mädchen herein. Van Saule summt mit, auch Stasia summt: „So wie ich, so wie ich!“

Unruhig triebelte sie, sie konnte die Füsse nicht mehr ruhig halten, ihre Hand fingerte nach des Partners Hand. Da stieß Valentin heraus, mit einer verzweifelten Anstrengung, seiner brechenden Stimme Trotz zu verleihen: „So bleib du, bleib du! Ich geh nach Haus!“

Der Altschtag, der grau verhangen über die schwach begründete Ebene gegangen, war zum schwarzen Abend geworden. Schwer lastete sich fallendes Nachtgewöl.

Die Fenster von Esjakim Hirsch, die erst wie helle Sterne getrahlt hatten, waren jäh dunkel geworden. Man hatte zum guten Glück sich noch der östlichen Zeit erinnert: wie würde der Herr Vikar sonst irrtelken, wenn ers erfuhr, daß man der Kasten so wenia achtet?! Wie konnte man auch

der Reiden Christi so wenig gedenken?! Tanzen — das war heut, selbst am Altschfest, eine Sünde, die sich nicht gut machen ließ durch hundert Rosenkränze. Nach waren die Lichter gelöscht worden; nun sah man fast im Dunkeln, bloß ein ganz erhabliches Räumpchen überm Schenkstisch warf ein wenig Schein. Aber die Dunkelheit hinderte nicht, daß man im Krug sitzen blieb und, da man nicht tanzen durfte, desto eifriger trank.

Stofia war erst sehr enttäuscht, daß es zu keinem Tanze kam. Wie lange, ach, wie lange — sollte man es glauben? — seit sie verheiratet war, hatte sie nicht mehr getanzt! Und sie hub an, sich bitterlich zu beklagen: nein, glücklich war sie nicht, der Valentin war ein ganz guter Mensch, aber, ach, hatte er eine Ahnung davon, was sie brauchte? Nein, keine Ahnung!

Und sie warf sich Van Saule an die Brust, stütz die Arme um seinen Hals und küßte ihn leidenschaftlich. Sie waren allein in dem kleinen sogenannten Herrenstübchen, das Esjakim neben dem größeren Wirtszimmer hatte. Mit einem Schmunzeln hatte er sie gleich da hingewiesen. Nun ging Van Saule und drückte leise die Tür zu, die bis jetzt nach der Wirtstube offen gestanden hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Literatur.

Das Thema-Kunster der Wochenchrift „Die Leise“. Zum 80. Geburtstag des Malers und Dichters bringt die bekannte Stuttgarter Wochenchrift „Die Leise“ im ersten Oktoberheft ihres 10. Jahrgangs vier ausgewählte Kapitel aus den Schriften Hans Thomass, drei Gedichte und vierzehn Abbildungen nach Gemälden und Radierungen des Altmeisters. Friedrich Brauer erzählt von der Heimat des Künstlers, der Herausgeber Anton Dörfler spricht von „der Kunst im allgemeinen und von Hans Thoma im besonderen“. Die Besprechung berichtet vom Lebensgang des Gelehrten und ein Aufsatz unterrichtet über alle Bücher von und über Thoma. Der Preis der Nummer ist 25 Pf. Sie ist durch jede Buchhandlung oder gegen Einsendung von 80 Pf. in Marlen vom Verlag (Stuttgart, Schloßstraße 84) zu beziehen.

Selbstbildnis von Hans Thoma. Hans Thoma hat aus Anlaß seines 80. Geburtstages sein Selbstbildnis radieren lassen. Das Thema 80 Jahre“. Das meisterhafte Blatt, gleichsam die Krönung von Thomass großem Werk, hat er E. V. Seemann in Leipzig in Verlag gegeben.

Für Demokratie, Sozialismus und Frieden.

Rede des Abg. Scheidemann in der Nationalversammlung am 7. Oktober 1919. (Nach dem amtl. Stenogramm.)

Meine Damen und Herren! Von meiner Fraktion bin ich beauftragt, als ihr Vertreter zum Etat des Reichslanzlers das Wort zu nehmen. Sie werden begreifen, daß ich diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen kann, ohne auch als Mensch zum Menschen den Reichslanzler Bauer zu begrüßen, der die mir nur zu gut bekannte Bürde des verantwortungsvollen Amtes in schwerster Stunde auf seine Schultern genommen hat. Nachdem die Entscheidung gefallen war, daß der Friedensvertrag unterzeichnet werden sollte, mußte schnell gehandelt werden; denn draußen handelte es sich um die Waffen stehende feindliche Welt und drängte nach Erfüllung. Da durfte nicht mehr durch Schwanken Zeit verloren werden; denn der schlimmsten aller denkbaren Fälle war der, daß überhaupt keine klare Entscheidung fiel, daß unser Wille sich nur in drei Ausgängen hätte. Dieser Gefahr mit fester Hand gesteuert zu haben, ist das Verdienst des gegenwärtigen Reichslanzlers Bauer, der, wie ja bekannt ist, in wesentlichen nicht anders dachte als ich, wie uns ja überhaupt in der sachlichen Beurteilung des uns aufgezogenen Gewaltfriedens keine Meinungsverschiedenheiten trennen. Von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken gibt es ja auch in diesem Hause darüber nur eine einzige Meinung. (Sehr richtig!) Von dem gleichen Gefühl besetzt wie ich, aber auch von der Überzeugung durchdrungen, daß er im Sinne der Mehrheit des Hauses, sofort handeln müsse, hat mein Freund Bauer die Bildung der neuen Regierung damals übernommen. Ob ihre erste Tat, die sie im Auftrage der Nationalversammlung ausführte, vermeidbar gewesen, ob der andere Weg der richtigere gewesen wäre, darüber geht noch zu streiten, wäre vollkommen zweifellos. (Zustimmung bei den Soz.) Die Unterzeichnung ist ein weltgeschichtliches Faktum, und gegen die Weltgeschichte polemisiert man nicht. (Sehr gut! links.) Nur darum kann es sich jetzt handeln, vom Boden der einmal gegebenen Tatsache aus einen Weg zu finden, der uns von unserem grauen, häßlichen Sturz wieder aufwärts führt. Auf diesem Wege können sich aber auch diejenigen finden, die in der Frage der Unterzeichnung mit ihren Meinungen gegeneinander standen. Darum reise ich mich auch, daß die demokratische Partei den Weg zur positiven Anteilnahme an der Regierung, an der Regierungsgeschäften zurückgefunden hat. Selbstverständlich — Sie werden mir das nicht verdenken — wäre

mir eine rein sozialistische Regierung lieber.

Aber eine solche Regierung ist erst dann möglich, wenn das Volk durch seinen Mehrheitswillen ihr die dazu gehörigen demokratischen Vollmachten ausstellt. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Die Herren von ganz links wollen das freilich nicht einsehen, und ich wäre ihnen dankbar, wenn sie uns darüber endlich einmal die Aufklärung geben wollten, die sie uns doch eigenmächtig schon längst schuldig sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Würden Sie (zu den U.S.) es für richtig halten, wenn die sozialdemokratische Partei gewaltlos die Alleinherrschaft an sich riße und gegen die Mehrheit des Volkswillens regierte? In diesem Falle würde es ohne Belagerungszustand nicht abgehen, und dann würde man sogar einen ganz anderen Belagerungszustand gebrauchen als den jetzigen. (Zustimmung bei den Soz.) Die Herren sind doch Gegner des Belagerungszustandes! (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Soz.) Oder sollten wir uns beiseits stellen und den bürgerlichen Parteien die Regierungsbildung überlassen? Wobei dann die Herren von der äußersten Rechten notwendigerweise die Führung übernehmen müßten! (Sehr wohl! bei den Soz.) Das wäre ein schöner Anfang für die deutsche Republik, wenn in ihr die Monarchisten regierten. (Zustimmung und Heiterkeit bei den Soz.) Gätten wir so gehandelt, dann könnte man uns mit Recht vorwerfen, wir spielten das Spiel der Gegenrevolution. Wie also hätten wir nach Meinung der äußersten Linken handeln sollen? Auf diese Frage möchten wir gern einmal eine ganz klare Antwort haben, denn wir sind gern bereit zu lernen und uns belehren zu lassen.

Ich begrüße den Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung, weil ich der Überzeugung bin, daß die Regierung stark sein muß, vor allem stark gegen rechts. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. — Zurufe rechts.) Ich billige deshalb auch das Arbeitsprogramm der Regierung, das uns der Herr Reichslanzler heute vorgetragen hat. Ich darf wohl auch noch der Rede des Herrn Abg. Peterßen überzeugt sein, daß die Demokraten bereit sein werden, alle Maßnahmen zu unterstützen, die geeignet sind, die Republik und die Demokratie zu festigen. Denn wie immer einzelne von Ihnen gebadet haben mögen, heute, glaube ich, müssen Sie alle darin einig sein, daß es für das Deutsche Volk keine Zukunft gibt als auf dem beschriebenen Grund der neuen Staatsform.

(Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.) Innere Kämpfe um die Staatsform können wir uns jetzt am wenigsten leisten. (Sehr wohl! bei den Mehrheitsparteien.) Und wer sie heraufbeschwört, der begeht ein Verbrechen an unserem Volk. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Es hat in früheren Zeiten sogenannte Vernunftmonarchien gegeben, die zwar für die Monarchie feierliche Begeisterung ausdrückten, aber doch aus Gründen praktischer Vernunft darauf verzichteten, sie anzuführen. In diesem Sinne muß heute unter den veränderten Verhältnissen jeder Deutsche zum mindesten Vernunftrepublikaner sein. (Sehr richtig! links.) Wenn er von der Vernunft überhaupt nicht verlassen sein will. Seine Vernunft und sein Gewissen müssen ihm sagen, daß er sich an seinem Land, an seinem Volk veründigt, wenn er nutzlos und verwerfliche Kämpfe um die Staatsform heraufbeschwört. (Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Ich möchte gewisse Herren fragen: haben Sie noch immer nichts aus der Geschichte gelernt, haben Sie noch immer nichts begriffen, wozu sie führt, wenn man mit dem Gesicht zur Vergangenheit und mit dem Rücken gegen die Zukunft Politik machen will? Als vor 70 Jahren in Preußen durch die Revolution die Konstitution kam, haben sie auf die Konstitution geschimpft und nach dem Absolutismus zurückgeschickt; als das Kaiserreich kam, haben sie über das Kaiserreich geherrschet und das alle Preußen hochleben lassen. (Sehr richtig! bei den Mehrheitsparteien.) Jetzt schimpfen Sie auf die Republik und sehen sich nach der Kaiserherrlichkeit zurück. Mindestens um einen Posttag müssen Sie immer hinter der Weltgeschichte einherlaufen. (Sehr gut! bei den Mehrheitsparteien. — Heiterkeit.)

Mein geehrter Herr Vorredner, der Herr Abgeordnete Dr. Peterßen, hat eine Auswahl Ausführungen gemacht, ganz speziell an Ihre (nach rechts) Adresse gerichtet, die mir vollkommen aus der Seele gesprochen waren. Ich will es mir deshalb erlauben, das, was er selbst ausgeführt hat, zu wiederholen. Meine Damen

und Herren! Es gibt Leute, die die Propaganda der sogenannten Nationalen für das gestrige nur für närrisch halten; ich halte sie für mehr, ich halte sie für gefährlich. (Sehr richtig! bei den Soz.) nicht nur weil sich fürchte Menschen durch sie zu unbewussten Schritten verleiten lassen können, sondern auch, weil sie ein Element der Unruhe und des Misstrauens in unser Volkstum hineinträgt. (Sehr richtig! links. — Widerspruch rechts.) Uns ist dieses Misstrauen nicht zu begreiflich! Wenn sich z. B. ein hoher Offizier, der im Bekämpfung gegen die Unruhstifter von links gestanden hat, als ein leidenschaftlicher monarchistischer Reaktionsär bekennt, ist es dann nicht begreiflich, daß die Massen die Ohren spitzen und sich argwöhnisch fragen: wohin geht die Reise. (Sehr wohl! bei den Soz.) Daß dann Gerüchte entstehen von monarchistischen Offiziers-Verschwörungen, reaktionären Putschversuchen, Gerüchte, die Sie als Monarchisten abtun mögen, die aber aus solchen Worten notwendig erwachsen und ihre unheilvolle Wirkung üben müssen.

Wer als Offizier freiwillig den Rod der Republik trägt, der soll provozierende Redensarten und provozierende Taten gegen die Republik unerkennen. (Sehr richtig! bei den Soz.) und wenn er das nicht kann, so zeigt er damit, daß er seine Aufgabe nicht begriffen hat, daß er seine Pflicht nicht kennt und daß seine Eingriffe in ein bedenkliches Schwanken geraten sind. (Sehr richtig! links. — Widerspruch rechts.)

Wir halten es für dringend notwendig, daß die Offiziere in ungewohnter Weise darüber aufgeklärt werden, was jetzt ihre verfassungsmäßige Pflicht ist. Ich bin der Meinung, daß, wer nicht im Stande ist, seinen inneren Frieden mit der Republik zu machen, wer nicht bereit ist, die Republik gegen alle Angriffe auch von rechts zu schützen, nicht Soldat und nicht Offizier sein kann. (Sehr wohl! bei den Mehrheitsparteien.) Ich hege den dringenden Wunsch, daß sich die große Energie meines Freundes, des Herrn Reichsanministers Noske, auch nach dieser Richtung hin erfolgreich betätigen möchte. (Bravo! bei den Mehrheitsparteien.) Der Herr Reichslanzler hat heute gesagt, wer sich in die Reichswehr nicht einfügen könne, wie es das republikanische Deutschland verlangen muß, — ich zitiere natürlich nur dem Sinne nach — soll fernertun darin keinen Platz haben. Ich begrüße diese energische Befundung, bedauere aber, daß das Wort „fernentun“ überhaupt darin vorkommen mußte. Wenn nämlich bisher schon immer so vorgegriffen worden wäre, wie es in Aussicht gestellt worden ist, dann wäre und mancher Verdruß, manche Verbeugung mancher Schäden, namentlich auch vom Auslande her erpart geblieben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Meine Damen und Herren! Monarchistische Offiziere, die republikanische Regierung sogar vor Mannschaften bräut beschimpfen, sind vollkommen unzulässig in der Reichswehr. (Sehr richtig! bei den Soz.) Offiziere, die den Vertrieben republikanischer Schriften verbieten, müssen mindestens sofort zur Ordnung gerufen, Offiziere, die monarchistische Propaganda betreiben und nationalpolitische und monarchistische Schriftverbreitung unter den Soldaten fördern, müssen entlassen werden. (Lebhafte Zustimmung und Beifall bei den Soz.)

Denn diese Offiziere sind es, die die Reichswehr zermürben, die den Geist der Truppen mehr verwirren, als alle sozialistische Propaganda.

(Lebhafte Rufe bei den Soz.: Sehr wohl! — Unruhe und Zurufe rechts.) Truppen, die auf die republikanische Verfassung vereidigt, aber der monarchistischen Propaganda ihrer Vorgesetzten ausgesetzt sind, müssen doch irre werden an der jungen Republik und ihrer Regierung. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Der Reichslanzler hat in seiner Rede vom Misstrauen des Auslandes uns gegenüber gesprochen. Zunächst wir uns nicht! Die am üppigsten sprudelnde Quelle für dieses Misstrauen ist die Reichswehr mit wachsenden unheimlichen Vorposten, deren Abwendung und Beseitigung, soweit sie einzutreten sind, dem deutschen Volke und also auch der ganzen Welt nicht immer mit der erforderlichen Schnelligkeit bekannt gegeben worden sind. Meine Herren, ich will Ihnen ein Beispiel dafür anführen. Der „Tempo“ sucht in einer seiner letzten Nummern, die nach Berlin gekommen sind, in einem Leitartikel wiederum den Beweis zu liefern, daß die Armees des republikanischen Reiches eine Gefahr bedeute, die im Wachsen begriffen sei. Noske sei ein Imperialist und der Waffenstillstand sei zu milde gewesen. Als Beweismittel — ich sage in Gänjesfüßen — als Beweismittel — werden die verschiedenen Offiziersverbände herangezogen und die Tatsache, daß das Organ der revolutionären, die Reichswehr — das ist der Titel des Blattes —, die ein früherer Offizier, Collin-Roth, herausgegeben habe, die Urkunden habe einmischen müssen, während Mäler wie die „Eichengemeine“, „Freie Worte“ usw. gebuldet würden. Man sage auch Noske nach, er habe dem Vertreter eines Offiziersverbandes gesagt: alles was ich von ihnen verlange, ist, daß sie mir keine Gefährten machen. Diese Behauptungen verfolgen monarchistisches und dynastisches Tendenz. Meine Herren! So wird aus all den Vorurteilen im Auslande Honig gezogen, und das deutsche Volk ist es dann, das nachher die Folgen auszubaden hat. (Sehr wohl! bei den Soz.) Deshalb muß man diesen Dingen die größte Aufmerksamkeit zuwenden.

Gerade weil wir die Reichswehr als wirkliche Schutztruppe der jungen deutschen Republik gegen Bedrohung von rechts und links brauchen, weil wir das Volk vor weiteren Schäden bewahren wollen, weil wir unserm Parteigenossen Noske seine Stellung festigen, ihm in seiner schwierigen Situation den Rücken steifen, deshalb habe ich gerade diese Ausführungen hier gemacht. (Sehr wohl! bei den Soz.)

Ich sehe in der Verwendung eingeseffelter Monarchisten an wichtigen Stellen der Armee und des Sicherheitsdienstes aber noch eine andere Gefahr.

Der Monarchismus und der Spartakismus brauchen einander! (Sehr gut! bei den Soz.) Zudem der Spartakismus die Demokratie sabotiert, fördert er die Reaktion. (Sehr richtig! bei den Soz.) Diese, indem sie herausfordernd auftritt, raubt dem Volk den Glauben an den berechtigten Besitz der Demokratie und fördert so den Spartakismus. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Spartakismus müßte den Monarchismus erfinden, wenn er nicht da wäre und für ihn arbeitete. Umgekehrt geht es dem Monarchismus mit dem Spartakismus ebenso. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die Monarchisten sind daran interessiert, überall ipartakistische Putschversuche zu entdecken, und dadurch entsteht dann die Gefahr (Rufe

rechts: unerhört!) — das sage: entsteht die Gefahr! —, daß die Regierung sich durch falsche Orientierung auf eine falsche Führung laden lassen könnte. (Sehr wohl! bei den Soz.) Sie hat kein dringenderes Interesse, als den Belagerungszustand sobald wie möglich aufzuheben. (Sehr richtig! bei den Soz.) das Volk ohne Unterschied der Partei in den Volksgesetz demokratischen Freiheitsrechte zu sehen, diejenigen aber, die vom Kampf gegen ipartakistische Umsturzbestrebungen ihre politische Existenz fristen, haben in dieser Beziehung Interessen, die den unseren direkt entgegengesetzt sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir müssen die Welt ohne reaktionäre Parteibrille betrachten und wünschen, so klar wie möglich zu sehen, ob eine ipartakistische Putschgefahr noch besteht oder nicht. Die Herren von der Unabhängigen Partei behaupten, sie bestehe nicht. Ich möchte von Herzen, ich möchte das auch schon mit derselben Bestimmtheit sagen. Aber dann bitte ich Sie (zu den U.S.) dringend, daß Sie au wirken, daß so unsinnige Streiks, wie der hier in Berlin vermieden werden, daß auf solche Sensationsstücke und Anstöße, die zur Führung eines Lohnkampfes vollkommen unbedeutend sind, verzichtet wird. Damit werden Sie uns unsere Aufgabe ganz bedeutend erleichtern.

Ich bitte also die Regierung, keinen Augenblick zu vergessen, daß der Belagerungszustand nichts anderes ist, als ein uns aufzubrägender Ausnahme- und Notwehrzustand, daß wir die Ausnahme nicht zur Regel werden lassen, die Notwehr nicht überschreiten dürfen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich weiß, welche ungeheure Verantwortung auf der Reichsregierung lastet und wie sorgfältig sie erwägen muß, ob der Zeitpunkt für die Beseitigung des Belagerungszustandes schon da ist. Wird er heute aufgehoben, und fliehet morgen Blut, so muß er übermorgen wieder eingeführt werden. (Zuruf von den U.S.: Warum?) und ein mißlungenes Experiment ist mit einem neuen neuen Genes erkaufte. (Sehr richtig! links.)

Auf der anderen Seite aber darf sich eine Regierung, die unser Vertrauen besitzt, niemals auf den bequemlichkeitsstandpunkt stellen und sich sagen: mit dem Belagerungszustand geht es ganz gut, also warum sollen wir seine Aufhebung riskieren? Das wäre der Standpunkt der alten Bürokratie, der alten Polizei, des alten Militärs. Das Volk muß sehen, daß die Demokratie nicht bloß eine neue Fassade für die alte Klassen- und Rassenherrschaft sein soll, sondern daß es uns mit ihr bitter ernst ist, daß sie das Leben des Volkes bis ins letzte Geäder durchdringen soll, daß sie den Weg freimachen soll für den Aufstieg zu neuen Formen der menschlichen Gesellschaft.

In diesem Sinne rufe ich der Regierung zu:

Der Feind steht rechts! (Sehr gut! bei den Soz. — Lachen rechts.) Ich wäre glücklich, wenn ich eute schon sagen könnte: er steht nur rechts. Die Herren von der äußersten Linken sprechen ihren Anfangern täglich von der gegenrevolutionären Gefahr. Warum sagen Sie (zu den U.S.) ihnen nicht auch, daß es zur Beseitigung dieser Gefahr nur ein sicheres Mittel gibt: Die Einigung der Arbeiterklasse. (Lebhafte Beifall bei den Soz.) Ich zweifle ja gar nicht daran: in dem Augenblick, in dem das monarchistische Geiselt Fleisch und Blut gewinnt, wird diese Einigkeit mit einem Schlage hergestellt sein. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wird es dann aber nicht vielleicht zu spät sein?

(Zustimmung bei den Soz.) Ich wende mich an Sie (zu den U.S.) mit dem eindringlichen Appell. (Mha! recht.) Sie glauben, daß Sie uns viele Fehler vorzuwerfen haben; wir glauben daselbe von Ihnen. Aber wir empfinden gleichwohl den tiefsten Widerwillen gegen die Selbstverleugung der Arbeiterklasse (sehr wohl! bei den Soz.), die manche Leute geradezu mit satanischem Vergnügen betreiben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Glauben Sie wirklich, daß das der Weg ist, auf dem die Arbeiterklasse vorwärts kommen kann? Weil Sie heute eine besondere Partei sind, glauben Sie Ihre besondere Parteiinteressen wahrnehmen zu müssen und halten jedes Agitationsmittel gegen uns für recht. Alle Parteien, zumal Parteien, die auf demselben Klassenboden stehen, sollen sich doch nicht gegenseitig so behandeln, wie sich vielleicht zwei Abzugsgefechtskräfte gegenseitig Konkurrenz machen oder Konkurrenz machen würden, wenn sie das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb nicht daran hindert. Ich war nie ein Anhänger des Schlagwortes „Das Vaterland über die Partei“; denn ich war immer davon überzeugt, daß das Vaterland der armen Leute bei der Partei der armen Leute, bei der Partei des Sozialismus am besten aufgehoben ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Aber ich bin ein überzeugter Anhänger des Grundsatzes:

die Sache der Arbeiterklasse, die Sache der Arbeiterbewegung über die Sache der Fraktionen.

(Sehr richtig! bei den Soz.)

Ihr agitatorisches Bedürfnis treibt Sie, uns Scheinsozialisten zu nennen. Tag für Tag müssen wir das hören! Über ich bitte Sie doch, folgendes zu bedenken.

Wie traurig müßte es um die Sache des Sozialismus bestellt sein, wenn in diesem Hause 165 Scheinsozialisten säßen und nur einige zwanzig echte Sozialisten

(sehr wohl! bei den Soz.), die Sie ja selbst sein wollen, obwohl wiederum die Kommunisten behaupten, auch Sie wären nur Scheinsozialisten. Wer sollte noch an einen nahen Sieg des Sozialismus glauben können, wenn das Volk im Januar, zwei Monate nach der Revolution unter mehr als 420 Vertretern nur 25 richtiggebende Sozialisten gewählt hätte! Müßte die Arbeiterklasse angesichts eines solchen Ergebnisses nicht die heile Verzweiflung paßen? Wenn erst Ihre Regierung eine Besserung für die Arbeiterklasse bringen sollte, wie lange, glauben Sie, müßte die Arbeiterschaft auf diese Weise und dann noch warten? Wie lange glauben Sie noch zu brauchen, bis Sie nach Ihren bisherigen Methoden zur Macht gelangen? Nein, solange die Arbeiter nicht einsehen, daß ihnen nur die Einigkeit helfen kann, so lange kann es nicht besser, sondern so lange kann es nur noch schlechter werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Statt die Arbeiter zu geripplern, sollten Sie alle Kräfte daran setzen, daß sie die nächsten Wahlen, die nach Aufhebung des Reichslanzlers und nach den Wünschen jederlich der großen Mehrheit dieses Hauses doch innerhalb weniger Monate werden stattfinden müssen, hier eine sozialistische Mehrheit einziehen wird. (Sehr richtig! bei den Soz.), eine Mehrheit, die Sie allein nicht erreichen können; das wissen Sie ganz genau. Wer sich diesem gemeinsamen Vorhaben widersetzt, der prellt die Arbeiter um ihren Sieg. (Schluß folgt.)

Badische Politik.

Beipredung über die Steuerungsulage im interfraktionellen Ausschuss.

Der aus Mitgliedern der einzelnen Fraktionen des bad. Landtags gebildete interfraktionelle Ausschuss hatte am Dienstag nachmittag mit den Vertretern des badischen Beamtenbundes, des Verbands des deutschen Verkehrsperonal-Gau Baden und des Badischen Eisenbahnerverbandes eine längere Beipredung über die von diesen Organisationen geforderte neue Beschäftigungszulage. Von den Beamten- und Arbeitervertretern wurde auf die zunehmende Teuerung und die Notlage weiter Kreise der Beamten und Staatsarbeiter hingewiesen und betont, daß eine alsbaldige neue Zuwendung notwendig sei, der Landtag müsse früher als vorgesehen zusammentreten und zu den Forderungen Stellung nehmen. Verlangt wurde sodann, daß noch in diesem Monat die Hälfte der Beschäftigungszulage zur Auszahlung komme. An der Aussprache beteiligten sich die Abg. Hellrich (Ztr.), Forter (Soz.), Dr. Reier (Dem.) und Maier-Heidelberg (Soz.). Von ihrer Seite wurde erklärt, daß sie nicht in der Lage wären, bindende Erklärungen über die Beschäftigungszulage zu geben, sondern ihre Aussprache mit den Beamten- und Arbeitervertretern lediglich informativ Natur sei. Man kam zu dem Resultat, eine Kommission aus den obengenannten drei Organisationen zu bilden, die in Verbindung mit dem interfraktionellen Ausschuss mit der Regierung unterhandeln soll.

Zur Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft.

In längeren Ausführungen behandelte am Mittwochabend in einer Versammlung der Sozialdemokratischen Partei Karlsruhe unter allgemeiner Zustimmung Arbeitsminister Müller die Elektrizitätswirtschaft im Reich und in Baden. Zum Entwurf des Reichsgesetzes betr. die Elektrizitätswirtschaft wünschte der badische Arbeitsminister, daß in der Verstaatlichung weiter gegangen werden sollte als dies der Regierungsentwurf vorsieht, indem er verlangte, daß die Verstaatlichung bereits bei 20 000 Volt bzw. 1000 Kilowatt beginnen sollte. Im Gegensatz zu den Reichsbahnen wird bei der Elektrizität die Durchführung der Reichsgesetze am besten den einzelnen Ländern überlassen, denn Baden ist in Bezug auf die Ausnützung der Wasserkraft am weitesten voran. Wir dringen deshalb darauf, daß die Bedingungen und Überlassungen der weiteren Arbeiten des badischen Murgwerks werden beschleunigt. Neben der Gewinnung der Kräfte ist der Gedanke zu erwägen, ob wir nicht auch unsere Bahnen elektrifizieren können. Grundlage unserer Volkswirtschaft wird sein die Verbindung von Neckar und Oberrhein, deren Schwankungen durch ein Spitzenwerk wie das Murgwerk ausgeglichen werden.

Einstellung des Sonntagsgüterverkehrs. Die Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen hat die Absicht, den Personen- und Schnellgüterverkehr auf den badischen Bahnen an Sonntagen mit Wirkung vom 19. Oktober ab vollständig einzustellen. Eine endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit ist bis jetzt jedoch an der zuständigen Stelle noch nicht getroffen worden.

Die Direktoren des badischen Landesfinanzamtes. Das neue Landesfinanzamt (als Reichsbehörde) besteht aus drei Abteilungen, deren jede von einem Finanzdirektor geleitet wird. Die erste Abteilung umfaßt die direkten Steuern, die zweite die indirekten Steuern und die dritte die Verwaltung des Reichsbermögens. Zu Direktoren der drei Abteilungen sind der bisherige Vize- und Steuerdirektor Geh. Rat Heßler, Geh. Finanzrat Stamer, seit kurzem Direktor der Staatsfinanzenverwaltung, und Intendanturrat Dr. Gensler in Aussicht genommen. Anstelle des zum Finanzdirektor ernannten Geh. Finanzrat Stamer soll dem Vernehmen nach Ministerialdirektor Roter treten; dessen Stelle würde Ministerialrat Sammet vom Finanzministerium übernehmen.

Erziehungsbeihilfen für Brotgetreide und Gerste. Von zuständiger Seite wird der „Karlsruher Zeitung“ geschrieben: Auf den vom Ministerium des Innern erhobenen nachdrücklichen Einpruch hin hat das Reichswirtschaftsministerium nunmehr zugestimmt, daß die Frist für Zahlung des Erziehungsbeihilfen nun auch für folgende Amtsbezirke bis zum 15. Oktober 1919 ein schließlich verlängert wird: Bretlach, Rehl, Achern, Bühl, Baden, Kilstatt, Ettlingen, Karlsruhe, Durlach, Bruchsal, Bretten, Schwetzingen, Mannheim, Weinheim, Heidelberg, Wiesloch, Eppingen und Einsheim.

Aus dem Lande.

Durlach.

Der Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Durlach, der während der Kriegszeit seine Tätigkeit eingestellt hatte, gedenkt dieses Jahres wieder seine Vereinsaktivität aufzunehmen. Es ergeht an die Parteigenossen und Gewerkschaftskollegen die Mahnung, sich dem Verein anzuschließen und sich als Samariter auszuweisen zu lassen. Wir leben in solchen Zeiten, daß es sehr notwendig ist, Arbeiter-Samariter in genügender Zahl zur Verfügung zu haben; das sollte der Arbeiter-Samariterbund Deutschlands ist auch dem Kartell für Sport- und Körperpflege angegeschlossen. Zwecks Gründung und Festlegung der Instruktionsstunde findet am kommenden Montag, abends 8 1/2 Uhr, im „Goldenen Löwen“ eine Versammlung statt, zu der die Arbeiter-Samariter Durlachs herzlich eingeladen ist; auch ehemalige Mitglieder der roten Kreuz-Kolonnen sind willkommen; ferner werden die Herren Arbeitervertreter vom Rathaus gebeten, zu erscheinen.

Der Männergesangsverein Durlach veranstaltet morgen, Samstag, abends 7 1/2 Uhr beginnend, in der Festhalle ein Konzert, verbunden mit 50-jähriger Stiftungsfeier und Ehrung von Mitgliedern. Das Programm ist sehr reichhaltig; neben dem konzertgebenden Verein, der eine Anzahl schöner Lieder vortragen wird, wirken einige Vereinsmitglieder als Solisten mit. Die Festrede wird der Präsident des badischen Arbeiterbundes, Landesobergruppenleiter A. Weichmann, halten. Den Beschluß der Veranstaltung bildet ein Ball.

Bretten.

Parteiversammlung. Wir machen die Genossinnen und Genossen auf die am nächsten Samstag im „Wirtelbäcker Hof“ stattfindende Parteiverammlung aufmerksam. Die Mitglieder sind mitzubringen.

Ettlingen.

Freie Turnerschaft. Nächsten Sonntag, 12. Oktober, veranstaltet der Verein sein Verewertungsturnen; Beginn morgens 9 Uhr mit Vorkamp. Nachmittags findet das 1. Serienwettkamp der Fußballmannschaften gegen Freie Turnerschaft Durlach statt. Anschließend findet eine Tanzunterhaltung im „Reichsbad“, verbunden mit Preisbelegen, das bereits

Samstag beginnt. — Das Ergebnis des Privatspiels der Fußballabteilung unterer Vereins gegen Freie Turnerschaft Durlach war: 1. Mannschaft 1:0 für Ettlingen, 2. Mannschaft 2:1 für Durlach. — Es sei auch an dieser Stelle auf den Vorverkauf der Programme zum Schauturnen, das am 19. Oktober stattfindet, hingewiesen; Beginn des Vorverkaufs am Samstag, 11. Oktober, bei Friseur Jäger, Rigarrangegeschäft Nees, Friseur Maierhändler und Rigarrangegeschäft Essig. Das Programm kostet 1,20 M und berechtigt zum Eintritt zum Schauturnen und zum Ball. Den Mitwirkenden und Mitgliedern werden Karten und Programme zu ermäßigten Preisen durch den Einlassierer sowie den Turnwart zugestellt. Näheres noch durch Inzerat. — Freitag den 10. Oktober findet eine Mitgliederversammlung in der Blume statt, wozu das Erscheinen aller Turngenossen sehr erwünscht ist.

Rastatt.

Ein Afteniat auf die Handelsangelegenheiten. Wir berichten kürzlich, daß der Gemeinderat beschloß, hat, in den Sommermonaten die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe teilweise aufzuheben. Wir tragen dazu nach, daß auch Gemeinderat Schieß (Ztr.) gegen die Aufhebung der Sonntagsruhe gestimmt hat.

Parteiversammlung. Morgen, Samstag, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Anker“ Parteiverammlung statt, in welcher Gen. Langhans über den Parteitag in Karlsruhe Bericht erstatten wird. Da es von großer Wichtigkeit ist, daß jeder einzelne Genosse von allen Vorgängen in der Partei ein klares Bild empfängt, bitten wir die Genossinnen und Genossen, zahlreicher als bisher die Versammlungen zu besuchen.

Baden-Baden.

Aus dem Stabrot. Der Stabrot beschloß, sich mit 10 000 Mark an der vom Staat beschlossenen Gründung einer „G. m. b. H.“ zur Ausnützung von Torfmooren zu beteiligen. — Im dem unter Ausnützung von Gulturteilen in letzter Zeit wiederholt bewerkstelligten Anläufen großer hiesiger Gulturmooren durch eine Stabroter Gesellschaft wirklich zu begegnen, hat der Stabrot beschlossen, einem solchen Vorhaben durch Anwendung des Sperregesetzes vom 15. April 1919 bzw. Verlangen der amtlichen Genehmigung wegen Verletzung gemeinwirtschaftlicher Interessen und Gefahr der ausländischen Verwertung künftig womöglich Einhalt zu gebieten.

Aus dem Murgtal.

Gernsbach. Aus dem Gemeinderat. Bürgermeister Menges berichtet zunächst über das Ergebnis der von der Kulturinspektion, die sich auf Veranlassung des Bürgermeisters am 1. April der Wasserversorgung Gernsbachs angelesen sein läßt, vorgenommenen Ortsbesichtigung. Eine Besichtigung der verschiedenen Quellen, aus denen die Badbäder zusammenfließen, zur Veranschaulichung des Mangels, den es in erster Linie zu beseitigen gilt, ist die Aufhebung von Aufstößen in den Leitungsröhren. Durch diesen Nebelstand wird der ungesüßte Wasserdruck gehindert. Ein weiterer Kardinalfehler liegt darin, daß die Druckverminderungsstände nicht zur Reinigung, Unterbindung und Reparatur außer Betrieb gesetzt werden können, weil sonst die Stadt ohne Wasser ist. Trist nur noch eine bessere Fassung der Vogelweienquelle hin, dann ist zu hoffen, daß auf Jahre hinaus eine ausreichende Quellwasserlieferung besteht. Von einem Pumpwerk in Verbindung mit einer Filtrieranlage von Badwasser wird abgesehen. Die Kulturinspektion wird ihre Beobachtungen und Verbesserungsvorschläge in Form von Vorarbeiten zusammenfassen, deren Einreichung nun zum nächst abgelehnt werden. — Die unangelegentlich in Gernsbach im Handelsgewerbe wird durch die Zulassung von 10 Ausnahmestellen durchbrochen. Es wird beim Bezirksamt beantragt, diese Verkaufsstellen jeweils auf den ersten Sonntag der Monate April bis Oktober festzusetzen und außerdem einen Sonntag vor Ostern und zwei Sonntage vor Weihnachten zum Verkauf freizugeben. Die Verkaufsstellen, als welche Apotheken, Bäckereien usw., soweit sie bisher schon unter die Ausnahmestimmungen des § 105 c der Gew.-Ord. fielen, anzuzählen sind, bleiben von der Schließung einmitlein unberührt. — Die Fällstättengebäude wird infolge der gestiegenen Fuhr- und Arbeitslöhne auf 12 M für einen Wagen bis zu 1000 Liter Inhalt erhöht. — Zur Verbreitung wichtiger eiliger Nachrichten unter der Einwohnerzahl sollen vorläufig 6 Anschlagtafeln an den meistbesuchten Stellen der Stadt angebracht werden. Damit wird zugleich das wegen der Wohnlage nicht allen Einwohnern gleichmäßig zugute gekommene Ausschließen wegfallen. Die Anschlagtafeln werden nach Anbringung der Tafeln vom Bürgermeisteramt mit einer besonderen Bekannmachung noch genau bezeichnet werden. Im übrigen wird der Verknüpfungsweg durch die Zeitung in allen geeigneten Fällen beschritten werden. — Der Verschärfung der Lebensmittelversorgung während des Winters soll nach einem Beschluß des Kommunalverbandsausschusses durch Ankauf von Vorräten in Fett, Hülsenfrüchten und Reis begegnet werden. Die dazu nötigen ansehnlichen Geldmittel sollen von den Kommunalverbandsgemeinden nach Maßgabe des Kreisverordnungsamtes aufgebracht werden. Der Gemeinderat beschloß, sich an diesen Maßnahmen im Interesse der Ernährung der Bevölkerung zu beteiligen und zu gegebener Zeit einen ausreichenden Kredit beim Bürgerauschuss einzubohlen. Die künftige Speiseverteilung soll dreifachweise durch städtische Organe im Schlachthaus vorgenommen werden.

Bühl.

Eine Bürgermeisterversammlung des hiesigen Bezirks nahm folgende Entschlüsse an: Im Interesse eines geordneten Zustandes in der allgemeinen Ernährung muß an der Zwangswirtschaft vorerst festgehalten werden in den notwendigen täglichen Nahrungsmitteln. Wir fordern die Erhöhung des Kartoffelpreises auf etwa 1,50 M von dem allgemein zu niedriger ermittelten Höchstpreis von 7,50 M, die neue Festsetzung der Höchstpreise für Reis, Getreide usw. in angemessene Grenzen, die Regelung der Auslieferung der Maßscheine, so daß sie wieder, wie früher, von der Bürgermeisterei aus ausgereicht werden, die energische Bekämpfung des Schleichhandels und Wuchers. Die Kosten für die aufzustellenden Bachmannschaften fallen im Bezirk der einzelnen Gemeinden zu.

Achern.

Schnapschleichhandel. Nachdem schon einige Zeit beobachtet worden war, daß von Sasbach bei Achern verdächtige Restpakete meist nach Norddeutschland aufgegeben wurden, veranlaßte die Staatsanwaltschaft Offenburg die Vernehmung einer Durchsuchung in Sasbach. Der erste Staatsanwalt ergriff mit einer Reihe von Gendarmenbeamten in Sasbach und ließ bei 10 verdächtigen Leuten Hausdurchsuchung vornehmen. Es fanden sich 200 Liter Branntwein vor, die sofort beschlagnahmt wurden. Außerdem zeigte sich, daß in Achern offenbar zur Schnapsbereitung zweifelhafte gesammelt waren. Mehrere Personen genandeten ein, daß sie Schleichhandel betrieben und die verdächtigen Sendungen aufgegeben hatten. Der Hauptbeteiligte, Wilhelm Ernst, wurde festgenommen. Die Unterbindung durch die Staatsanwaltschaft Offenburg wird weitere Aufklärung in diese unerlaubte Verleitung größerer Abmengen zur Branntweinerstellung bringen.

Offenburg.

Die landwirtschaftliche Winterschule hat die Absicht, im kommenden Winterhalbjahr den Schulbetrieb in vollem Umfang wieder aufzunehmen. Von allen Schulen des Landes wird ein umgehend schriftlicher Antrag gemeldet. Es ist deswegen ratsam, mit der Anmeldung nicht bis zum letzten Augenblick zu warten. Die Verechten müssen mit den Ungerechten leben. Wie die „Offb. N.“ meldet, wurde vom Kommunalverband Offenburg-Land der Gemeinde Ilflosen wegen ungenügender Schichtbewirtschaftung die gesamte Sonderbelieferung mit Lebensmitteln gestrichelt. Ungefähr 600 Personen, die nicht Selbstversorger sind (Beamte, Lohnarbeiter usw.) und auch von dieser Sperre betroffen werden, haben einen Protest an das Ministerium des Innern geltend.

Aus den Sitzungen der Kommission für Wohnungen. Das Generalkommando 14. A. Karlsruhe wurde erneut dringend ersucht, keine weiteren Abwidlungstellen bezw. Rumpfformationen hierher zu verlegen. Der Bau 6 der Kaserne wird voraussichtlich bis Ende Oktober ds. J. für Wohnzwecke frei werden. Offizierskasinos werden augenblicklich Verhandlungen gepflogen. Bezüglich des Kammergebäudes, Wirtschaftsgebäudes I sowie des in dringenden Fällen sollen Wohnungsuchende zum Schützen ihrer Verhältnisse in die Sitzung vorgeladen werden. Die Wohnungskommission nimmt regelmäßig Besichtigungen an Ort und Stelle vor. Beschlagnahme wurden folgende Wohnungen: 6 Einzelzimmer, 1 Einzimmerwohnung, 2 Zweizimmerwohnungen, 5 Dreizimmerwohnungen, 1 Vierzimmerwohnung; teilweise mit und ohne Küche. Letztere müssen erst durch Herrichten einer jeden bezugsfähig gemacht werden.

Gewerkschaftliches.

„Dummheit oder Bosheit?“ In seinem neuesten Rundschreiben schreibt der Raumannsche Verein von 1858 in Hamburg: „Der Zentralverband steht auf dem Boden des Erfurter Programms, das die restlose Sozialisierung fordert. Unser Verein vertritt demgegenüber den Standpunkt, daß sozialisiert werden soll, was dazu reif ist.“ Uns ist das Märchen von der Sozialisierung des letzten Hofenknopfes noch auf von den Wahlen her in Erinnerung. Wenn der 58er Verein auch heute noch damit hausieren geht, so scheint er keine Mitglieder für ziemlich dumm zu halten. Trotzdem wird es aber in seinen Reihen auch Handlungsbereitschaft geben, die von den Sozialisierungsfragen so viel verstehen, um zu wissen, daß jeder, der auf dem Boden des Erfurter Programms steht, auch nur die Sozialisierung der dazu reifen Betriebe fordert. Und der einzige Angestelltenverband, der eine gesunde Sozialisierungspolitik vertritt, ist und bleibt der Zentralverband. Darum: heraus aus den Harmonieverbänden! Im September müssen die Massenklindigungen erfolgen!

Gemeindepolitik.

s. Welsch-Neurent, 7. Okt. Die Bürgerauschuss-Sitzung am vorletzten Dienstag hatte vier Vorlagen zu erledigen. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung die Gehalts- und Gehaltssteigerung der Gemeinderäte. Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion beantragte Gen. Durand den ablehnen Standpunkt. In sozialer Hinsicht wäre die Erhöhung der Aufwandsentschädigung anzustreben und unsere Genossen würden deshalb gleich einem Antrag gerne zustimmen, allein unsere Genossen im Gemeinderat lehnen eine Gehaltssteigerung für sich ab, einmal aus Sparankheitsgründen im Interesse der Gemeinde und zweitens auch, weil die bürgerlichen Parteien für den Bürgermeister nur 1200 M bewilligen wollen und ihm eine Nebenbeschäftigung geben möchten, damit er auf 2000 M käme, welchen Betrag wir beantragt haben. Gen. Durand beantragt, daß man den drei bürgerlichen Gemeinderäten vielleicht ja auch eine Nebenbeschäftigung überweisen könne, damit sie auf die Bezahlung 80 M kommen. Zu einer Abstimmung kam es nicht. Bezeichnend ist die dreiste Bemerkung einiger bürgerlicher Herren: „wenn sie (unsere Genossen) es nicht um den Preis machen wollen, dann könnten sie ja ihr Amt niederlegen; es wären andere da, die es gerne machen würden.“ Den Gefallen werden unsere Genossen den Herren Bürgerlichen nicht tun; das würde den Herren ja so passen. Wir werden im Gegenteil dafür sorgen, daß diese reaktionäre Gesellschaft möglichst ganz vom Rathaus verdrängt wird.

Der 2. Punkt betraf Abtretung von Grundbesitz als Baugelände an die Baugenossenschaft hier zum Preise von 3 M pro Quadratmeter. Der 3. Punkt: Genehmigung des Nebenerwerbszuschusses von 25 000 M an die Baugenossenschaft. Beide Punkte wurden ohne Debatte einstimmig angenommen. — Der 4. Punkt betraf „Verständenes“. Es kamen hierbei die Wohnungsnot und die Kartoffelverknüpfung zur Sprache. In der Wohnungsfrage sind wir gezwungen, die Gendarmerie mit in Anspruch zu nehmen, damit einmal Ordnung in den Zuständen geschaffen wird; auch bei der Kartoffelverteilung hoffen wir, daß unser Ziel erreicht wird.

Freiburg, 7. Okt. Nach den Feststellungen des Statistischen Amtes wurde im August zum ersten Male seit über vier Jahren wieder ein nennenswerter Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle festgestellt 197 Geburten standen 126 Sterbefällen in dem gen. Monat gegenüber.

Jugend und Sport.

Die Naturfreunde. Wandern, unbekanntes Gelände durchstreifen, ferne Länder schauen, sich satt trinken am geliebten Uferfluß der Welt; kann es edleres, höheres und Schöneres geben? Können Herz und Sinne besser und reiner die Umwelt genießen als beim Wandern? Tief wurzelt der Wandertrieb im deutschen Gemüt. Die Naturfreunde haben den Wandertrieb zu schöneren Akten gebracht und besonders ist es nun auch die arbeitende Bevölkerung, die den Wert des Wanderns erkannt hat. Den Aufschwung den der Touristenverein „Die Naturfreunde“ genommen hat, ist das beste Zeichen hierfür. Große, noch unbenutzte zählende Mitgliederzahlen weist diese Wandervereinigung auf. In zahlreichen Abteilungen werden die verschiedensten Gebiete der Touristik gepflegt. Vorträge aus allen Gebieten sorgen für die Vertiefung und geistige Anregung alles beim Wandern Gedächtnis und Gesandte.

Im den Mitgliedern und sonstigen weniger Bemittelten einen längeren Aufenthalt in freier, unberührter Wald- und Gebirgsluft zu ermöglichen, haben die verschiedenen Ortsgruppen ihrer Lage entsprechend Unterfunfs- und Schutzhäuser erstellt. So im Oberrwald, Harz, Taunus, Schwäbische Alb usw. und auch in unserer engeren Heimat, im Schwarzwald. Die Ortsgruppe Karlsruhe war die erste, die ein Unterfunfshaus im schönen romantischen Schwarzwaldtal errichtete. Nun ist es auch der Ortsgruppe Freiburg i. Br. dank dem Opfersinn und Idealismus der Mitglieder gelungen, ein eigenes Heim zu erstellen. Im südliehen Schwarzwald auf dem Hoßberg in 1107 Meter Höhe liegt das neue Heim in herrlicher Lage. In zweifelhafte Wanderung ist es von der Station Himmelsreich im Südsattel über Neffelsbach zu erreichen. Am kommenden Sonntag, 12. Oktober, findet die feierliche Einweihung des Freiburger Heims statt. Alle Naturfreunde und Freunde des Wandersports, insbesondere die Arbeiterjugend, ist zum Fest auf freundlichste eingeladen.

Die Ortsgruppe Karlsruhe wird sich ebenfalls an der Feier beteiligen. Abfahrt Samstag mittags 12,30 Uhr. R. E.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung über die Kartoffelversorgung vom 18. Juli 1918 (R. G. Bl. S. 733) wird be-

stimmigt:
§ 1. Die Versorgung der Bevölkerung mit Speisekartoffeln § 2 der Verordnung über die Kartoffelversorgung) ist nach dem vom Reichsernährungsminister für die verfor-

§ 2. Die Kommunalverbände haben zur Deckung des Be-

§ 3. Die höhergestellten Mengen sind für jeden einzelnen

§ 4. Die verbleibende Menge wird sicher gestellt. Trotz

§ 5. Die Kartoffelversorgung ist durchzuführen durch

§ 6. Die Vorschriften über die Abfertigung der hergestellten

§ 7. Kartoffeln dürfen nur veräußert werden, wenn sie

§ 8. Die Vorschriften über die Abfertigung der hergestellten

§ 9. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkünd-

§ 10. Der Reichsernährungsminister.
Schmidt.

Verordnung.

Kartoffelversorgung

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 18. Juli 1918 über die Kartoffelversorgung (Reichs-Gesetzbl. S. 733) und der Verordnung des Reichsernährungsministers vom 4. September 1919 über Kartoffeln (Reichs-Gesetzbl. S. 1511) in Verbindung mit der Bundesratsverordnung vom 26. September 1915 über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung in der Haftung der Bekanntmachungen vom 4. November 1915, 5. Juni 1916 und 6. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. 1915 Seite 607, 728, Reichs-Gesetzbl. 1916 Seite 439, 673) wird verordnet:

I. Zulässigkeitsbestimmungen.
§ 1. Im Sinne der Bundesratsverordnung vom 18. Juli 1918 und der Verordnung des Reichsernährungsministers vom 4. September 1919 ist Landeszentralbehörde das Ministerium des Innern; höhere Verwaltungsbehörde ist der Landeskommissar, untere Verwaltungsbehörde das Bezirksamt; letzteres ist auch zuständig für Anordnungen gemäß § 11 Satz 2 der Bundesratsverordnung vom 18. Juli 1918.

Bermittlungsstelle im Sinne des § 6 der Bundesratsverordnung vom 18. Juli 1918 ist die beim Statistischen Landesamt errichtete „Badische Kartoffelversorgung“; die Bestimmungen unserer Verordnung vom 2. März 1916, Regelung der Versorgung mit Speisekartoffeln betreffend (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 47) bleiben außer Kraft.

II. Aufbringung der Kartoffeln.

§ 2. Die Kommunalverbände haben die ihnen von der Badischen Kartoffelversorgung zur Sicherstellung und Lieferung aufzubehaltenden Kartoffelmengen auf die Gemeinden zu verteilen. In gleicher Weise können sie auch die Sicherstellung und Lieferung derjenigen Mengen, welche zur Deckung des eigenen Bedarfs des Kommunalverbands erforderlich sind, vornehmen.

§ 3. In den Gemeinden erfolgt die Unterbreitung auf die Kartoffellieferung durch den Gemeinderat. Die einzelnen Kartoffelzeuger haben die bei ihnen höhergestellten Mengen getrennt von den übrigen Kartoffelzeugern aufzubehalten; sie sind verpflichtet, die zur Erhaltung und Pflege erforderlichen Sandlungen vorzunehmen. Die höhergestellten Mengen dürfen nicht verbraucht, noch darf durch Rechtsgeschäft über sie veräußert werden.

§ 4. Die Kommunalverbände haben die zur Lieferung aufzubehaltenden Mengen der Geschäftsstelle der Badischen Kartoffelversorgung rechtzeitig zur Verfügung zu stellen und nach deren Bestellung zu verwenden. Die aufzubehaltenden Mengen sind in der Weise zu verpacken, wie die Geschäftsstelle der Badischen Kartoffelversorgung anordnet.

§ 5. Die Erhebung der Kartoffeln erfolgt durch Aufkäufe, welche vom Kommunalverband des Erzeugungsorts im Benehmen mit der Geschäftsstelle der Badischen Kartoffelversorgung bestellt sind; bei der Bestellung als Aufkäufer sind die im Kommunalverbandsbezirk tätigen landwirtschaftlichen Organisationen in erster Reihe zu berücksichtigen.

§ 6. Befehlen nach Auffassung des Gemeindefiskus Zweifel, ob die aufzubehaltenden Mengen in der Gemeinde sicher gestellt oder abgeliefert werden können, so ist dies dem Kommunalverband anzuzeigen.

§ 7. Der Kommunalverband entsendet in eine solche Gemeinde einen aus beiden Geschlechtern bestehenden Ausschuss, welcher die vorhandenen Bestände bei den einzelnen Kartoffelzeugern nachprüft und über das Ergebnis dem Kommunalverband berichtet. Der Kommunalverband hat diejenigen Kartoffelmengen, welche in einer Gemeinde nicht sicher gestellt oder abgeliefert werden können, auf andere Gemeinden des Kommunalverbands zu verteilen. Sollte auch dies nicht möglich sein, so ist Vorlage an die Badische Kartoffelversorgung zu erstatten.

§ 8. Die Kartoffelzeuger sind verpflichtet, die von ihnen abgetrennten Speisekartoffeln, soweit sie nicht nach den Bestimmungen des Reichsernährungsministers oder der Badischen Kartoffelstelle von der Sicherstellung und Lieferung ausgenommen sind und nicht nachweislich auf Bezugsfläche (§ 10 ff.) abgegeben wurden, an die nach § 2 Absatz 4 bestellten Aufkäufer gegen Bezahlung des Erzeugerhöchstpreises abzugeben. Als Höchstpreis gelten die Preise an der Stelle der Lieferung zum mindesten 2,75 Centimeter Größe.

§ 9. Die Kartoffelzeuger dürfen die von ihnen abgetrennten Kartoffeln, auch soweit sie freigelassen sind, nur an die bestellten Aufkäufer oder auf Bezugsfläche (§ 10 ff.) abgeben. Jede andere Abgabe ist verboten; die Kartoffeln auf welche sich die unzulässige Handlung bezieht, mitsamt der Beschlagnahme und Verfallenserklärung (§ 17 der Bundesratsverordnung vom 18. Juli 1918) über der Entscheidung.

§ 10. Die Kommunalverbände haben die Befugnisse ihrer Bevölkerung mit Kartoffeln zu regeln und Höchstpreise für den Kleinverkauf an die Verbraucher festzusetzen, soweit nicht die Befugnisse durch den Reichsernährungsminister oder das Ministerium des Innern erfolgt.

§ 11. Die Befugnisse der Kommunalverbände über die Höchstpreise (§ 10 ff.) bestehen. Jeder andere Erwerb ist verboten; die Kartoffeln, auf welche sich die unzulässige Handlung bezieht, unterliegen der Beschlagnahme und Verfallenserklärung oder der Einziehung. Geht der Erwerb gegen Befugnisse der Kommunalverbände, so ist die Befugnis der Kommunalverbände geltend zu machen. Die Befugnisse der Kommunalverbände sind nachweisbar zum mindesten durch den Verkauf zu zeigen.

§ 12. Die Kommunalverbände sind befugt, den Versorgungsbedürftigen zu erlauben, ihren zulässigen Bedarf an Kartoffeln für die Zeit vom 16. November 1919 ab auf die Dauer von 35 Wochen in Höhe von 3 Zentnern für den Kopf durch den Kommunalverband zu beziehen. Diese Vorverlegung soll nicht gekürzt werden, wenn der Versorgungsbedürftige keine geeigneten Lagerräume besitzt oder vorzeitiger Verbrauch zu befürchten ist. Die Kommunalverbände geben bekannt, wann und in welcher Weise die Vorverlegung erfolgen kann.

§ 13. Die Kommunalverbände können Anordnungen treffen, daß diejenigen Versorgungsbedürftigen, welche nach ihren Einkommens- und Vermögensverhältnissen hierzu in der Lage sind und über geeignete Lagerräume verfügen, ihren Bedarf an Kartoffeln für die Zeit vom 16. November 1919 auf die Dauer von 35 Wochen einweisend dem näheren Bestimmungen des Kommunalverbands einweisen und einlagern müssen. Für die Angehörigen eines Haushalts ist der Haushaltsvorstand zur Einweisung verpflichtet. Er kann hierbei einen geringeren Bedarf seines Haushalts als die zulässige Wochenration anzuweisen lassen; macht er von dieser Möglichkeit Gebrauch, so hat er, falls er mit seinem Vorrat nicht ausreicht, gegenüber dem Kommunalverband seinen Anspruch auf Nachlieferung der zu wenig in Anspruch genommenen Menge.

§ 14. Die Abgabe von Kartoffeln an die Verbraucher durch den Kommunalverband darf nur gegen Kartoffelkarten erfolgen, soweit nicht die Vorverlegung gemäß § 6 oder 7 stattfindet. Im Fall der Vorverlegung gemäß § 6 oder 7 oder mittels Bezugscheins (§ 10 ff.) erhält der Versorgungsbedürftige für die Dauer der Vorverlegung keine Kartoffelkarten. Für vorzeitig verbrauchte Kartoffeln wird kein Ersatz geleistet.

§ 15. Der Kartoffeln im Verbrauch hat, hat für ihre zweckmäßige Lagerung und hygienische Behandlung Sorge zu tragen. Die Kommunalverbände haben sich hierüber durch Nachschau zu verpflichten; erzieht sich eine unzureichende Aufrechterhaltung der Kartoffeln, welche deren Verderben befürchten läßt, oder wird festgestellt, daß der Besitzer seine Pflichten zu schnell verbräut, so sind die

Kartoffeln vom Kommunalverband gegen Entschädigung wegzunehmen und dem bisherigen Besitzer Kartoffelkarten auszustellen.

§ 10. Die Vorverlegung durch unmittelbaren Bezug von Kartoffeln durch den Versorgungsbedürftigen beim Erzeuger ist nur gestattet mittels eines Kartoffelbezugscheins. Der Vordruck ist in 4 Abschnitte A—D eingeteilt. Zur Vorverlegung auf Bezugsfläche darf für eine Person eine Höchstmenge von 3 Zentnern bezogen und geliefert werden. Innerhalb dieser Höchstmenge kann der Bezug auch auf mehrere Bezugsflächen erfolgen. Die Vorverlegungszeit wird vom 16. November 1919 ab auf die Dauer von 35 Wochen gerechnet, auch wenn der Bezug der Kartoffeln schon vorher stattgefunden hat.

§ 11. Der Abschnitt A des Bezugscheins enthält auf der Vorderseite den Vordruck für den Antrag auf Gewährung des Kartoffelbezugs und die Bestätigung des Bürgermeistersamts des Einfuhrorts über die Menge, zu deren Bezug der Antragsteller berechtigt ist, auf der Rückseite den Vordruck für die Lieferungsangabe des Kartoffelzeugers und die Höchstpreisbestimmungen.

Der Antragsteller muß die schriftliche Bestätigung abgeben, aus wieviel Personen sein Haushalt besteht, und daß er weder über genügend eigene Kartoffeln verfügt, noch sich anderweit im zulässigen Umfang eingebekannt hat. Wesentlich unrichtige Angaben werden nach § 17 der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

Der Antrag ist mit ausgefüllter Lieferungsangabe beim Bürgermeistersamt (Geschäftsstelle, Kartoffelamt, Lebensmittelamt) des Einfuhrorts des Bezugs einzureichen und darf nach dem 18. Oktober 1919 nicht mehr gestellt werden. Die Bestätigung des Bürgermeistersamts darf nach dem 31. Oktober 1919 nicht mehr erteilt werden; sie darf nur erteilt werden, wenn der Antragsteller keine geeigneten Lagerräume besitzt oder vorzeitiger Verbrauch zu befürchten ist. Das Bürgermeistersamt (Geschäftsstelle u. dgl.) des Einfuhrorts des Antragstellers ist berechtigt, für Erteilung der Bestätigung eine Gebühr von höchstens 10 Pf. für jeden Schein zu erheben. Die Erteilung der Bestätigung ist in einem Verzeichnis zu vermerken.

Nach Ausstellung der Bestätigung ist der ganze Schein dem Kommunalverband des Einfuhrorts zur Erteilung der Ausfuhrerlaubnis zu übergeben. Bei Überbringung sind für die entstehenden Ausgaben 20 Pf. in Dreimarkstücken für jeden Schein beizubringen, die je Hälfte für den Kommunalverband des Einfuhrorts und das Bürgermeistersamt des Einfuhrorts bestimmt sind. Die Ausfuhrerlaubnis darf nur erteilt werden, wenn durch die Genehmigung die Erfüllung der dem Kommunalverband obliegenden Pflicht zur Versorgung der eigenen Bevölkerung des Bezugs mit Kartoffeln in Frage gestellt würde.

Im Fall der Genehmigung des Ausfuhrerscheins durch den Kommunalverband des Einfuhrorts der Abschnitt A und B und C nach vorstehender Bestätigung ist nach Antrag des Antragstellers durch die Geschäftsstelle der Badischen Kartoffelversorgung als vorläufige Bescheinigung für den Bezug von Kartoffeln zu erteilen. Die Bescheinigung ist für die Dauer der Vorverlegung gültig. Die Bescheinigung ist für die Dauer der Vorverlegung gültig. Die Bescheinigung ist für die Dauer der Vorverlegung gültig.

§ 12. Der Abschnitt B enthält den Vordruck für die Bestätigung des Kommunalverbands des Einfuhrorts, daß der Lieferer zur Abgabe einer bestimmten Menge Kartoffeln berechtigt ist, und die Bestätigung, daß er die Kartoffeln abgeben hat. Die letztere Bestätigung ist bei Abgabe der Kartoffeln dem Kommunalverband des Einfuhrorts vorzulegen. Die Bestätigung ist für die Dauer der Vorverlegung gültig. Die Bestätigung ist für die Dauer der Vorverlegung gültig.

§ 13. Die Kartoffelmengen, welche Kartoffelzeuger auf Bezugsfläche abgeben, werden ihnen auf den Schein eingetragen, welche aufgrund der Abgabe der Kartoffeln für den Bezug von Kartoffeln gültig sind. Die Bescheinigung ist für die Dauer der Vorverlegung gültig. Die Bescheinigung ist für die Dauer der Vorverlegung gültig.

§ 14. Die Bescheinigungen werden von dem Kommunalverband des Einfuhrorts und der Station oder dem Bürgermeistersamt des Einfuhrorts erteilt; § 12 Absatz 1 Satz 2 findet entsprechende Anwendung. Bei Bescheinigung der Kartoffeln mit der Bahn ist der Bescheinigungsschein dem Bescheiniger, der Eisenbahnkarte usw. anzuhängen. Bei Bescheinigung der Kartoffeln mit Fuhrwerk oder als Beleg, Traglast usw. hat ihm der Bescheiniger bei Abgabe der Kartoffeln und den mit der Bescheinigung des Bescheinigers versehenen Bescheinigungsschein vorzulegen. Die Bescheinigung darf nur an dem Tage erteilt werden, welcher von der Abfertigung oder dem Bürgermeistersamt des Einfuhrorts als Abfertigungstag vermerkt ist. Nach dem 20. November 1919 ist die Bescheinigung überhaupt nicht mehr zulässig. Erfordert der Verkauf mit der Bahn mehr als einen Tag, so muß die Bescheinigung an dem als Bescheinigungstag bezeichneten Tage beantragt werden.

Die Bescheinigung der Kartoffeln ohne Bescheinigungsschein oder nach Ablauf seiner Gültigkeit ist verboten. Ohne Bescheinigungsschein oder nach Ablauf seiner Gültigkeit bescheinigte Kartoffeln unterliegen der Beschlagnahme und Verfallenserklärung oder der Einziehung.

Für den Verkauf von Kartoffeln, der nicht im Bezugscheinverzeichnis gemäß § 10 bis 17, 19 Absatz 2 erfolgt, finden die Bestimmungen unserer Verordnung vom 2. April 1918, Beförderung von Kartoffeln betreffend (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 66), maßgebend. Für die Beförderung von Kartoffeln von dem mit Kartoffeln bebauten Grundstück zu dem Verbrauchort des Kartoffelzeugers mit Fuhrwerk oder Kraftwagen ist eine Beförderungsgeld nicht erforderlich.

§ 15. Die Befugnisse in Abschnitt D hat der Kommunalverband des Einfuhrorts bei Genehmigung des Ausfuhrerscheins des Bürgermeistersamts des Einfuhrorts und dem Kommunalverband des Einfuhrorts zu erteilen; letzterer hat das Bürgermeistersamt (Geschäftsstelle u. dgl.) des Einfuhrorts von der Genehmigung zu benachrichtigen.

§ 16. Die Erteilung eines Bezugscheins ist erforderlich beim unmittelbaren Bezug von Kartoffeln sowohl auf einen auswärtigen Kommunalverband als auch innerhalb des gleichen Kommunalverbands.

§ 17. Die Erteilung eines Bezugscheins ist erforderlich beim unmittelbaren Bezug von Kartoffeln sowohl auf einen auswärtigen Kommunalverband als auch innerhalb des gleichen Kommunalverbands.

§ 18. Die Erteilung eines Bezugscheins ist erforderlich beim unmittelbaren Bezug von Kartoffeln sowohl auf einen auswärtigen Kommunalverband als auch innerhalb des gleichen Kommunalverbands.

Wohnen der Vater und der Mutter in der gleichen Gemeinde, so sind lediglich die Abschnitte A und B und, sofern die Verlobung nicht innerhalb des geschlossenen Orts erfolgt, auch der Abschnitt C zu verwenden. Die Genehmigung zum Bezug und zur Abgabe ist von dem Bürgermeisteramt des Wohnorts zu erteilen. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn der Antragsteller keine geeigneten Lagerräume besitzt oder vorzeitiger Verbrauch zu befürchten ist.

§ 16.

Bezugscheine können für die Dauer der Vorbereitungen (§ 10 Absatz 2) auch auf Anhalten sowie auf andere bis zu einer Höchstmenge von 3 Zentnern auf den Kopf der in der Urliste verzeichneten Personen, an letztere bis zu einer Höchstmenge von 3 Zentnern für jeden Haushaltsangehörigen und Angehörigen; in gleicher Weise können Bezugscheine auch auf Fabrik- und ähnliche Betriebe für die häusliche Versorgung ihrer Arbeiter und Angehörigen nebst deren Haushaltsangehörigen ausgestellt werden. Durch Vermittlung des Kommunalverbands kann der hiernach zulässige Bedarf auch auf den der Geschäftsstelle der Badischen Kartoffelversorgung zur Verfügung gestellt, von ihr abgetrennte Stadtkartoffelbezugscheine werden; die von der Geschäftsstelle der Badischen Kartoffelversorgung hierbei erteilten Bestimmungen sind zu beachten.

§ 17.

Beim Bezug von Kartoffeln von eigenen oder verpachteten Grundstücken, welche außerhalb des Wohnorts des Besitzers gelegen sind, finden obige Bestimmungen entsprechende Anwendung. Hat der Eigentümer oder Pächter das Grundstück selbst bebaut oder durch Anlage seines Haushalts bebauen lassen, so sind er und seine Angehörigen bei Berechnung des zulässigen Bedarfs als Selbstversorger anzusehen; steht diese Voraussetzung nicht vor, so sind sie als Versorgungsbedürftige auch dann zu behandeln, wenn sie die Stadtkartoffel selbst geliefert haben.

§ 18.

Die Kommunalverbände haben der Badischen Kartoffelversorgung spätestens auf 10. Dezember 1919 für die einzelnen Gemeinden ihres Bezirks eine Zusammenstellung über die auf Bezugscheine aus- und eingeführten Mengen einzusenden.

§ 19.

Die Ausfuhr von Kartoffeln aus dem Lande Baden in das Reichsgebiet ist nur mit Genehmigung des Ministeriums des Innern, die Ausfuhr in die übrigen deutschen Länder nur mit Genehmigung der Badischen Kartoffelversorgung zulässig; sie wird grundsätzlich nur an minderbemittelte Berufsklassen der Kartoffelerzeuger zum eigenen Verbrauch und an außerhalb Badens wohnende Eigentümer oder Pächter badischer Grundstücke erteilt. Die Bestimmungen über den kleinen Grenzverkehr an der Reichsgrenze bleiben unberührt.

Die Ausfuhrbewilligung wird im Benehmen mit dem Kommunalverband des Ausfuhrorts erteilt, welcher dem Beförderer die Abschnitte B und C des Bezugscheins nebst der Ausfuhrbewilligung übermittelt. Letztere ist dem Beförderungsamt anzuschicken.

IV. Strafbestimmungen, Inkrafttreten der Verordnung.

§ 20.

Untersuchungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden, soweit nicht eine höhere Strafe verurteilt ist, mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

Untersuchungen gegen die Bestimmungen des Reichsernährungsministers über die Verpflichtung der Kartoffelerzeuger zur Sicherstellung und Lieferung der Kartoffeln sowie gegen die zu ihrer Durchführung erlassenen behördlichen Anordnungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft.

§ 21.

Die §§ 2-4 treten am 15. September 1919, die übrigen Vorschriften mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Unsere Verordnung vom 3. September 1918, Kartoffelversorgung betreffend (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 283), tritt auf den 15. September 1919 außer Wirksamkeit.

Karlsruhe, den 11. September 1919.

Ministerium des Innern.

Remmelé.

Dr. Schöhl.

Höchstpreise für Kartoffeln betr.

I. Auf Grund des § 4 Absatz 2 der Verordnung des Reichsministeriums vom 15. Juli 1919 über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für Schlacht- und Aufzucht (Reichsgesetzblatt Seite 647) wird mit Zustimmung des Reichsernährungsministers der Höchstpreis für einen Zentner Kartoffeln aus der Ernte 1919 beim Verkauf durch den Erzeuger falls die Lieferung nach dem 14. September 1919 erfolgt, auf 7 M. 50 Pf. festgesetzt. Dieser Preis schließt die Kosten der Anfuhr zur Verladeestelle des Versandortes sowie des Einladens in den Eisenbahnwagen oder das Schiff ein.

II. Auf Grund des § 4 Abs. 3 der genannten Verordnung werden mit Zustimmung der Reichskartoffelstelle die Preise für den nach dem 14. September 1919 stattfindenden Verkauf von Kartoffeln aus der Ernte 1919 durch den Erzeuger unmittelbar an den Verbraucher wie folgt festgesetzt:

1. Beim Verkauf in Mengen bis zu 12 Zentnern (beim Verkauf in Mengen über 12 Zentnern gelten die Bestimmungen unter 2):

a) ab Acker oder Keller auf höchstens 7 M. 25 Pf. für den Zentner;

b) frei Verladeestelle des Versandortes einschließlich der Kosten des Einladens höchstens 7 M. 50 Pf. für den Zentner;

2. Bei Lieferung der Kartoffeln durch den Erzeuger vor das Haus des Verbrauchers ohne Rücksicht darauf, in welchen Mengen die Kartoffeln geliefert werden, auf höchstens 8 M. 30 Pf. für den Zentner.

III. Die Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betreffend Höchstpreise. Der höhere Preis als die Höchstpreise fordert oder sich oder einem anderen geliehen oder verpfändet, wird auf Grund der Bundesratsverordnung vom 8. Mai 1918 gegen Preisstreberei (Reichsgesetzblatt Seite 395) mit vorläufiger Zwangsverhaftung mit Gefängnis bis zu 200 000 Mark oder mit einer dieser Strafen, bei jahrelanger Zuwiderhandlung mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Der wegen vorläufiger Zwangsverhaftung zweimal mit Gefängnis bestraft worden ist, wird beim drittenmal mit Gefängnis bis zu 5 Jahren, bei mitbestimmten Umständen mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft; daneben wird auf Geldstrafe bis zu 500 000 Mark erkannt.

Die gleichen Strafen treffen denjenigen, welcher vorsätzlich zu der Zuwiderhandlung auffordert, anreizt oder sich erzieht.

Neben der Strafe wird ein Betrag eingezogen, der dem über den Höchstpreis erzielten Erlös entspricht. Neben der Strafe kann ferner auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht (ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht). Neben Gefängnis kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden; neben Gefängnis ist auf diesen Verlust zu erkennen. Neben der Strafe kann schließlich angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen ist; bei einer zum dritten Mal erfolgten Verurteilung muß dies angeordnet werden.

Karlsruhe, 11. September 1919.

Ministerium des Innern.

Remmelé.

Dr. Ketterer.

In Verbindung hiermit geben wir die §§ 11, 12, 15, 17 und 18 der Bundesratsverordnung vom 18. Juli 1918 über Kartoffeln betreffend, die für das bevorstehende Wirtschaftsjahr unändert weiter gilt, bekannt.

§ 11.

Die Kartoffelerzeuger sind verpflichtet, die Kartoffeln sachgemäß zu ernten. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können nähere Anordnungen treffen. Die Kartoffelerzeuger sind ferner verpflichtet, die zur Erhaltung und Pflege erforderlichen Handlungen vorzunehmen. Die Befreiung der Kartoffeln in Höhe der bei ihnen sicherstellten Mengen nicht vorhanden oder besetzt zu lassen. Durch Rechtsnachbarn darf die über gestellten Mengen nur zur Erfüllung der Verpflichtung zur Lieferung veräußert werden. Rechtsnachbarn sind Verpflichtungen stehen gleich Verpflichtungen, die im Wege der Zwangsversteigerung oder Verpfändung erfolgen.

§ 12.

Das Eigentum an Kartoffeln, die nach den auf Grund dieser Verordnung erlassenen Bestimmungen zu liefern sind, kann durch Anordnung der unteren Verwaltungsbehörde auf

den Stammesverband oder die von der unteren Verwaltungsbehörde bezeichnete Person übertragen werden. Die Anordnung kann an den einzelnen Besitzer oder an alle Besitzer des Bezirks oder eines Teiles des Bezirks gerichtet werden. Im ersten Falle geht das Eigentum über, sobald die Anordnung dem Besitzer zugeht, im zweiten Falle mit dem Ablauf des Tages nach Ausgabe des amtlichen Blattes, in dem die Anordnung amtlich veröffentlicht wird.

Der Enteignung soll die Aussonderung der zu enteignenden Mengen vorausgehen. Die untere Verwaltungsbehörde kann die Kartoffelerzeuger zur Aussonderung der zu liefernden Mengen auffordern und, wenn sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, die Aussonderung auf ihre Kosten vornehmen lassen. Die Vorschrift im Satz 2 gilt entsprechend für die Anlieferung der enteigneten Kartoffeln bis zur nächsten Verladeestelle.

§ 15.

Die Beamten der Polizei und die von der Reichskartoffelstelle, den Vermittlungsstellen, den Kommunalverbänden oder der Polizeibehörde beauftragten Personen sind befugt, in Räume, in denen Kartoffeln gelagert, feilgehalten oder verarbeitet werden oder in denen Kartoffeln zu verladen sind, sowie in Räume, in denen Vieh gehalten oder gefüttert wird, einzutreten, dieselbst Besichtigungen vorzunehmen, Geschäftsbuchführungen einzusehen und die vorhandenen Vorräte festzustellen.

Die Besitzer der Räume sowie die von ihnen Bestellten Betriebsleiter und Aufsichtspersonen haben den nach Abs. 1 zum Betreten der Räume Berechtigten auf Erfordern die Vorräte sowie deren Herkunft, insbesondere bei Erwerb von Teilen der Bevölkerung nach Namen und Wohnung und den Kaufpreis anzugeben und Auskunft über die Verwendung der Vorräte zu erteilen. Sie haben den zum Betreten der Räume Berechtigten auf Erfordern bei der Feststellung der Vorräte Hilfe zu leisten. Wird die Hilfeleistung verweigert, so kann die zuständige Behörde die erforderlichen Arbeiten auf Kosten des Verpflichteten durch Dritte vornehmen lassen.

§ 17.

Der Kommunalverband kann Kartoffeln, die einer unzulässigem erlangenen Aufzucht entgegenstehen, nicht angesetzt oder bei behördlicher Nachprüfung beschlagnahmt oder sonstige der Aufzucht entgegenstehende oder der Kartoffelerzeuger vorzuzugig zu verwenden oder zu veräußern, solange solche Kartoffeln, die unzulässig in den Verkehr gebracht wurden, ohne Zahlung einer Entschädigung zu Gunsten des Kommunalverbands für verfallen erklären. Der Kommunalverband kann schon vor der Verfallerklärung die zur Sicherstellung der Kartoffeln erforderlichen Anordnungen treffen.

Gegen die Befugung ist Beschwerde zulässig. Neben die Beschwerde entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig. Die Beschwerde bewirkt keinen Aufschub.

§ 18.

Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer den auf Grund des § 2, § 13 Abs. 1 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt,
2. wer den Vorschriften im § 11 oder den auf Grund des § 11 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt,
3. wer die Auskunft, zu der er nach § 7 Abs. 3, § 15 Abs. 2 oder nach den auf Grund des § 13 Abs. 2 erlassenen Bestimmungen verpflichtet ist, nicht erteilt oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht,
4. wer der Vorschrift im § 15 zuwider den Eintritt in die Räume, die die Besichtigung, die Feststellung der Vorräte oder die Hilfeleistung bei dieser Besichtigung verweigert.

Neben der Strafe können die Vorräte, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, solange nicht gemäß § 17 für verfallen erklärt worden sind.

Bei vorsätzlichem Verschweigen, Beistehungsversuchen, äußeren oder sonstigen Vorkommnissen muß die Geldstrafe, wenn ausschließlich auf sie erkannt wird, mindestens den zwanzigfachen Werte der Vorräte gleichkommen, auf die sich die strafbare Handlung bezieht.

Vorstehende Bekanntmachung bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Karlsruhe, den 29. September 1919.

Badischer Bezirksamt — Kommunalverband-Land.

Auskunftei Bürgel
300 Geschäftsstellen
Garantiedepot 300000 Mark. Einzel- u. Abonnements-Auskünfte für jedermann. 2768
Wendtstr. 3 III Strassenbahnhaltestelle Yorkstr. (Strecke Mühlberg). — Bürozeit: 7 1/2-4 Uhr durchl.

Für den Herbst
empfehle ich meine
Kleider-Reparatur-, Bügel- und Reinigungs-Werkstätte.
Eugen Messner
Zähringerstr. 59. Telefon 3036
Wenden, Umändern von Zivilkleidern und Uniformen.
Pünktliche und reelle Bedienung (Abholen und Zustellen der Kleider). 6945

Empfehle meine 7026
Most-Kelter
mit Motorbetrieb.
R. Schwörer, zur „Brunnenstube“
Mühlburg, Hardtstraße 44.

Kaninchenzuchtverein Karlsruhe
Stammverein
Samstag und Sonntag
den 11. und 12. Oktober 1919
findet im grossen Saale des **Schreppschens Bierkeller**
Beiertheimer Allee Nr. 18-20
Herbst-Kaninchen-Ausstellung
aller Rassen, in verschiedenen Farben und Alter, verbunden mit Prämierung und Verlosung von lebenden und geschlachteten Kaninchen, Zucht- und Futter-Geräten statt.
Gute Gelegenheit z. Ankauf v. Jung-, Zucht- u. Schlachttieren.
Es ladet höflichst ein **Der Vorstand.**

Eröffnung: Samstag den 11. Oktober 1919 nachmittags 2 Uhr.

Eintritt: Erwachsene 25, Kinder 10 Pf. Lose 20 Pfennig.

Billiges Gelände für Kleingärten.
In der Nähe des neuen Stadtbahnhofes ist billiges Gelände für Kleingärten zu verkaufen. Nur geringe Anzahlung und mäßige jährliche Abzahlung erforderlich. Auskunft erteilt Terrain- und Baugesellschaft Südend, Sofienstraße 56, Telefon 545. 5454

Damen-Schneiderin
nimmt noch einige Kunden für Anfertigung einfacher und feiner Damen-Garderobe an.
6954
Morgenstraße 51, partere.

Zur Aufklärung!
Veranlaßt durch die bei allen Geschäften gleichmäßig eintreffenden Klagen über die schlechte Beschaffenheit des Kittes gibt die unterzeichnete Innung folgendes bekannt:
7082
Nach den während der letzten Jahren gesammelten Erfahrungen, kann ein dauerhafter Kitt nur durch Verwendung von Leinöl hergestellt werden, alle Erzeugnisse haben sich als zur Kittfabrikation ungeeignet erwiesen. Während der Kriegszeit war durch einen kriegswirtschaftlichen Erlaß die Verwendung von Leinöl zur Herstellung von Kitt verboten. Solange die Notlage bestand, konnte das Leinöl wegen der allgemeinen Knappheit, insbesondere aber seines hohen Preises wegen zur Kittfabrikation nicht verwendet werden, infolgedessen waren die im Handel erhältlichen, mit Erbschölen hergestellten Kittarten 11e mehr oder weniger minderwertig. Unter diesen Umständen kann der Käufer eine Garantie für den Kitt nicht übernehmen, da er nur die Materialien verarbeiten kann, die auf dem Markt vorhanden sind. Wir müssen daher alle Beanstandungen und Erklärungen bezüglich schlechter Beschaffenheit des Kittes für bisher geleistete Arbeiten ablehnen und bemerken gleichzeitig, daß seit Kurzem wieder Leinöl im Handel ist, so daß künftighin auch wieder dauerhafte Kittarten ausgeführt werden können. Zudem wird dies der verehel. Kundschafft zur Kenntnis bringen, bitten wir wegen der mangelhaften Beschaffenheit des bisher verwendeten Kittes keine falschen Schlüsse bezüglich der Reellität der einzelnen Geschäfte ziehen zu wollen.
Glafer-Zwangs-Innung Karlsruhe.

Männer-Gesangverein

Mitglied des A.-S.-B. **Durlach** Mitglied des A.-S.-B.

Samstag, den 11. Oktober 1919
abends 7 Uhr beginnend, in der Festhalle

KONZERT

verbunden mit
50jährigem Stiftungsfest und Ehrung von Mitgliedern

Programm

1. Elsa, Männerchor Hans Wagner
2. Prolog, gesprochen von Fr. Liesel Jahraus.
3. a) Lass dich halten, gold'ne Stunde Jensen
b) Liebesfeier Weingartner
Tenorsolo: Herr **L. Müller**, Vereinsmitglied.
4. Festrede und Ehrung von Mitgliedern.
Festredner: Herr **Weismann**, Gaupräsident des A.-S.-B.
5. a) Arie des Sarastro a. d. Zauberflöte Mozart
b) Lied des Stadinger a. d. Waffenschmied Lortzing
A. Schmitt, Mitglied des Bad. Landestheaters.
6. a) Heimattraum Männerchor (Baumann
b) Das Abendglöcklein (Munz)
7. a) Rezitativ und Arioso aus „Undine“ Ferd. Gumbert
b) Lenz Hildach
Baritonsolo: Herr **L. Schindel**, Vereinsmitglied.
8. Märzluft, Männerchor Angerer
9. a) Flösterndes Silber (Melchert
b) Barcarole (Kücken
Herren **E. Müller** und **L. Schindel**.
10. a) Waldträume Thiede
b) Frühlingseinzug Jüngst

Anschließend hieran **Ball**.

Zum Eintritt berechtigten Programme à 2 Mark. **Der Vorstand.**

Die Wahlen zu den Handwerkskammern betr.

Gemäß § 6 Abs. 4 der Wahlordnung für die Handwerkskammern und deren Gesellensauschüsse (Ges. u. V. O. V. L. 1913, Seite 103 ff.) bringen wir zur öffentlichen Kenntnis, daß auf Grund der erfolgten Anmeldungen die nachstehenden gewerblichen Vereinigungen mit den beigelegten Mitgliederzahlen, sowie die an den entsprechenden Stellen erwähnten Gesellensauschüsse bei den Wahlen zur Handwerkskammer Karlsruhe in den angegebenen Gruppen als wahlberechtigt anerkannt werden.

Nr.	Bezeichnung	Besteht ein Gesellensauschuss ja od. nein	Zahl der Mitglieder, mit welcher die Vereinigung wahlberechtigt ist	Bezeichnung der Gruppe, in welcher die Vereinigung zu wählen hat
1	Bäckerinnung Karlsruhe-Stadt	nein	158	I
2	Bäckerinnung Karlsruhe-Land	nein	78	I
3	Baugewerkeinnung Karlsruhe	nein	52	I
4	Buchbinderinnung Karlsruhe	nein	26	I
5	Raminfeinerinnung Karlsruhe	nein	8	I
6	Wegwerinnung Karlsruhe	ja	156	I
7	Schmiedinnung Karlsruhe	nein	79	I
8	Schuhmacherinnung Karlsruhe	nein	170	I
9	Sattler-, Tapezierinnung Karlsruhe	nein	68	I
10	Wagnerinnung Karlsruhe	ja	36	I
11	Häuser- und Ofenfeinerinnung Karlsruhe	nein	17	I
12	Räder- und Kälberinnung Karlsruhe	nein	29	I
13	Friseur- und Perückenmacher-Zwangsinnung Karlsruhe	ja	150	I
14	Maßer-Zwangsinnung Karlsruhe	ja	31	I
15	Schneider-Zwangsinnung Karlsruhe	ja	142	I
16	Bereinigung Karlsruher Blechschmiedmeister und Installateure	nein	93	II
17	Verband der Buchbinder im Kammerbezirk Karlsruhe	nein	50	II
18	Bereinigung Karlsruher Buchphotographen	nein	48	II
19	Verband der Möbel- u. Bauzweiererei Karlsruhe	nein	41	II
20	Maler- und Tischlermeistervereinigung Karlsruhe	nein	97	II
21	Bereinigung selbst. Konditoren für den Kammerbezirk Karlsruhe	nein	70	II
22	Bereinigung Karlsruher Schlossermeister	nein	71	II
23	Bereinigung Karlsruher Uhrmacher	nein	36	II
24	Bereinigung elektrotechnischer Installationsfirmen Karlsruhe	nein	32	II
25	Bereinigung der Graveure und Eisenreue Karlsruhe	nein	9	II
26	Deutscher Buchbinderverein, Bezirksverein Karlsruhe	nein	75	II
27	Verein selbst. Handwerker Eggenstein	nein	40	III
28	Handwerkerverein Lindeheim	nein	16	III
29	Mühlheim	nein	30	III
30	Gewerbeverein Graben	nein	54	III
31	Gewerbeverein Karlsruhe	ja	180	III

Die Anmeldungen und Mitgliederberechnungen liegen während 14 Tagen beim Bezirksamt - Polizeidirektion - 2. Stod, Zimmer 42) öffentlich auf; Einsprüche können in dieser Zeit vorgebracht werden.
Karlsruhe, den 8. Oktober 1919.
7082 Bezirksamt - Polizeidirektion. D. S. 264

Hausierer (innen)

erhalten lohnende Gebrauchartikel und Neufertigkeiten die gerne gekauft werden.

Wiegand,

Karlsruhe, Amalienstraße 39, 2. Stod.

Zöpfe

von ausgefallenen Haaren werden billig angefertigt
Ritterstr. 34, kein Laden.
Bis 30 M. tägl. Verdienst
Nebenerwerb, Prosp. gratis.
P. Wagensucht, Verlag, Leipzig 1911.

Bekanntmachung über Kohlen-Versorgung.

Unter Hinweis auf die Mitteilungen im Stadtrats-Sitzungsbericht vom 28. August 1919 über die Mäuerung der Bedarfsmengen neben wir bekannt, daß die Bedarfsgruppen bis auf weiteres mit folgenden Höchstmengen beliefert werden dürfen:

Bedarfsgruppe A mit einer Monatsmenge von 1 Pentner, Bedarfsgruppe B, C u. D mit einer Monatsmenge von 2 Pentner, Bedarfsgruppe E und F mit einer Monatsmenge von 3 Pentner, Bedarfsgruppe G mit einer Monatsmenge von 4 Pentner (Zentralheizung), Bedarfsgruppe H mit einer Monatsmenge von 5 Pentner (Zentralheizung).

Die Kohlenhandlungen müssen sich vorbehalten, auch die gekürzten Mengen erst liefern zu können, wenn sie von ihren Vorlieferern beliefert worden sind.

Die Kohlenhändler sind verpflichtet, jedem Kunden Auskunft über die ihm zustehende Menge zu erteilen, ebenso müssen sie die Brennstoffarten den Verbrauchern auf Wunsch jederzeit auszuhandigen oder zur Einsichtnahme vorlegen.

Die Formulare zur Neuanmeldung oder bei Wohnungswechsel können beim Brennstoffamt wie auch bei den Brennstoffhandlungen im Bedarfsfalle in Empfang genommen werden. Es ist sorgfältige Ausfertigung sowie Unterschrift des Hauseigentümers erforderlich. Die übrigen Bestimmungen unserer Bekanntmachung vom 21. Mai 1919 bleiben weiterhin bestehen. 7073

Städtisches Brennstoffamt.

Nordschleswiger!

Belehrt Euch an der demnächst stattfindenden Abstimmung darüber, ob Eure enge Heimat vom Deutschen Reich losgetrennt werden soll oder nicht. Eine gemeinsame Fahrt aller in Baden befindlichen Nordschleswiger ist geplant. Mittel liegen zur Verfügung. Nähere Auskunft erteilt Bezirksrat Julius Schramm, Freiburg i. B., Reformhotel Freiburger Hof. 7040

Wir empfehlen:

Taschen in Leder, Kunst-Leder

Segeltuch und Imitation

Reisekörbe, Marktkörbe, Handarbeitskörbe in verschied. Formen u. Ausführungen

Rucksäcke in Leder mit u. ohne Lederriemen

Schaffertaschen Damenstaschen

Reisetaschen Besuchstaschen

Geschäftstaschen Geldbeutel

Sporttaschen Taschen f. Papiergold

Markttaschen aus Segeltuch u. Wachtuch

Schulranzen in Leder, Segeltuch u. Imitation 6195

Schultaschen in Wachtuch

Koffer-Haus Geschw. Lämle
51 Kronenstrasse 51.

Miethaus.

Wer als Eigentümer, Pächter, Verwalter, Mieter eine Wohnung oder einzelne Wohnräume (möbliert oder unmöbliert) zu vermieten hat, ist verpflichtet, dies binnen einer Frist von drei Tagen nach Eintritt der Vermietbarkeit beim Stadt. Wohnungsamt anzumelden und zwar auch dann, wenn die Wohnung noch innerhalb dieser Frist vermietet ist. Unterlassungen werden strengstens bestraft.

Gegenwärtig manuell es insbesondere auch am möbliert und unmöbliert Einzelzimmern zu deren Anmeldung hierdurch aufzuerfordert wird.
Offenburg, 9. Oktober 1919. 7059
Städtisches Wohnungsamt.

Obst-Versorgung.

Die Inhaber der Vermögensgegenstände für Tafelobst von Nr. 1 bis 60 können von heute Nachmittag ab ihr bestelltes Quantum in der Neuzeithalle in Empfang nehmen. Die Verpackung hat zuvor Kornstraße 4, Zimmer 4 (Kommunalverbandsverwaltung) zu erfolgen.

Offenburg, den 9. Oktober 1919. 7051
Kommunalverband Offenburg-Stadt.

Auslandslebensmittel.

Am Samstag, den 11. Oktober d. J. erfolgt durch die hiesigen Metzgereien nach der Kundenliste die Ausgabe von Speck.

Es trifft gegen Abgabe des Abschnitts 49 der Einfuhrzulasskarte 5 auf den Kopf 125 Gramm Speck. Der Preis beträgt für das Pfund M. 4.—
Der Speck ist wieder hierzuland auf Frischlingen unterliegt. Trotzdem empfiehlt es sich, den Speck nur gelocht zu verwenden.

Anmerkung für die Metzgereien. Der Speck kann am Freitag Vormittag zwischen 8-10 Uhr im Städt. Schlachthof abgeholt werden.
Offenburg, den 9. Oktober 1919. 7082
Kommunalverband Offenburg-Stadt.

Email-Geschirre

werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 6814

Geschirr-Reparaturanstalt

Karlsruhe, Rüdigerstr. 38, im Hof. Telefon 1421.

Lebensmittel

markenfrei soweit Vorrat

Liköre und Spirituosen

Rum, Cherry Brandy, Wachholder, Orange-Likör, Himbeerlikör, Curacao, Himbeersyrup mit reinem Zucker.

Feinstes Olivenöl, Dosenmilch

Diverses:

- | | |
|-----------------------------|--|
| Haferflocken | Haferkaffee (Frischensqualität) |
| Bohnen, weiße | Gebrannter Kaffee |
| Erbsen, grüne | Gerstenkaffee |
| Erbsen, gelbe | Puddingpulver |
| Tafelreis (glasiert) | Backpulver |
| Rangon-Reis | Geisardinen in verschiedenen Preislagen |
| Manioca-Nudeln (weiße Ware) | Kippered-Meringe |
| Paniermehl | Rollmops, extragross |
| Essig-Essenz | Salzheringe |
| Tafelessig | Delikates-Heringe in verschied. Tunken |
| Tafelosen in Gläsern | Delikates-Leberwurst (Kanin) |
| Kohlraabi in Scheiben | Sardellen-Leberwurst (Kanin) |
| Braunkohlkonserv. | Halberst. Würstchen (Dose 5 Paar, Kanin) |
| Plantox-Fleischextrakt | Butter-Keks |
| Zimmer, ganz u. gem. | Waffelbiskuits |
| Ingwer, ganz u. gem. | Wilhelmina-Honigkuchen |
| Pfeffer, ganz u. gem. | |
| Maggis Suppenwürze | |
| Echter schwarzer Tee | |
| Kakao, garant. rein | |

Allgäuer-Käse.

Hermann

TIETZ

Zu verkaufen:

1 Küchenschrank, 2 Stück
Küchenschrank, 2 Tische,
4 Stühle. 7022

Schäfer,
Rüppurrerstraße 46.

Zigaretten

100 Stück 10 M., gibt ab
Nest, Gräfelfing.



F.C. Frankonia

Karlsruhe e. V. 1895.

Samstag, 11. Oktober,
abends punkt 7/8 Uhr,
im „Burghof“.

General-Versammlung.

Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht.

Sonntag, 12. Oktober,
auf dem Sportplatz in
Durlach

Verbands-Spiel

„Germania Durlach“
I., II. und III. Mannschaft
gegen
7035

„Frankonia“

I., II. und III. Mannschaft.
Beginn 12 Uhr, 1/2 Beginn
8 Uhr.

Tanz-Unterhaltung

im „Burghof“.
Der Vorstand.



Fussball-Verein Beiert-heim e.V.

Samstag abends 7/8 Uhr
im Lokal 7048

Tanzstunde.

Sonntag, 12. Oktober
Wettspiele
in Pforzheim.
Abfahrt 8.00 u. 1.7/8 Uhr.



Arb.-Stadt-Bund 'Solidarität'

Ortsgruppe Karlsruhe.
Beginn der

Canzstunde

Donnerstag, den 16.
ds. Mts., abends 8 Uhr,
in dem Saale der Restauri-
ration „Köfenerberger“,
Ecke Wilhelm- und Werder-
straße. Anmeldungen kön-
nen noch erfolgen im Lokal
„Wandrinushalle“, sowie
bei sämtlichen Ausschussmit-
gliedern. 7018

Der Vorstand.



K.F.C. PHÖNIX

PHÖNIX - ALEMANNIA

Dienstag u. Donnerstag

Übung auf dem Sportplatz
im Fasanengarten.

Heute Abend

Biertisch im Löwenrachen.

Sonntag den 12. Okt.

1. bis 4. Mannschaft in Mühlburg

5. Mannsch. auf unserm Platz. 7047

Mittwoch

Vorstandssitzung.

Geld gibt Privatmann
ohne Vermittlung
Speisen. Freitag, m. 50 S. Mühl-
port, Fürberg 11, Postfach 47

Diwan

neue, in Plüsch, Tafelchen und
Stoffbezug, darunter noch
la Qual., in bekannter Güte.
Postfach R. Köhler
Schützenstraße 25. 6888

Gebrauchte Fässer

von 100 und 200 Liter,
sowie neue Traufkanten
zu verkaufen. 7030
Geirich Lay, Käferei,
Leffingstraße 15.